

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1¼ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 23. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar: den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife: dem Ober-Stabs- und Garnisonarzt Dr. Selle zu Mainz und dem Ober-Lazareth-Inspektor Fetter ebendaselbst; den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Kommandeur der kombinirten Festungsartillerie in Mainz, Major Minameyer, à la suite des 2. Artillerie-Regiments, dem Hauptmann von Roell im 34. Infanterie-Regiment (2. Reserve-Regiment), dem Premier-Lieutenant Vincenz in der 3. Ingenieur-Inspektion, dem zur kombinirten Festungs-Artillerie-Abtheilung kommandirten Sekonde-Lieutenant Kühne, à la suite des Garde-Artillerie-Regiments, dem Ober-Stabs- und Regimentsarzt Dr. Nütten beim 39. Infanterie-Regiment (7. Reserve-Regiment), dem Unterarzt Wendt beim 34. Infanterie-Regiment (2. Reserve-Regiment), dem Landrath von Basse zu Steinfurt, dem Pfarrer Roth zu Hindenburg, im Kreise Osterburg, und dem Rechnungsrath a. D., Lohkampff, zu Münster; das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Gefreiten Franke im 3. Artillerie-Regiment, dem Kanonier Gentz im Garde-Artillerie-Regiment, und dem Lazarethaufseher Hartung zu Mainz; so wie die Rettungsmedaille am Bande: dem Kanonier Gentz im Garde-Artillerie-Regiment, und dem Müllergesellen Franz Echost zu Schussenze, im Kreise Bomst.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Die Kreisrichter von Glyszczinski und Freiherr von Lützow zu Görlitz, von Zieten zu Sagan, Aßmann zu Liegnitz, Koenigk zu Lauban und Eckard zu Goldberg zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen; dem Rechtsanwalt und Notar Wildt zu Görlitz den Charakter als Justizrath; dem Polizei-Assessor Birkenfeld und dem Kriminal-Polizei-Inspektor Schwantzer zu Berlin den Charakter als Polizeirath; so wie dem Bau-Inspektor Vogt zu Lyck den Charakter als Baurath zu verleihen; auch dem Gesandten in London, Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Bernstorff, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Großkreuzes vom Herzogl. sachsen-ernestinischen Haus-Orden, so wie dem Kreissekretär Jorke zu Weißensee, im Regierungsbezirk Erfurt, zur Anlegung der ihm verliehenen Fürstlich schwarzburgschen Ehren-Medaille zu ertheilen.

Die Advokaten Leonard Rüttgers II. und Eduard Sternberg in Aachen sind zu Anwalten bei dem dortigen Landgericht ernannt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, von München.

Abgereist: Se. Exz. der Großherzogl. mecklenburg-schwerinsche Staatsminister, Graf von Bülow, nach Frankfurt a. M.; der General-Major und Kommandant von Königsberg i. Pr., von Buddenbrock, nach Königsberg i. Pr.

Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

London, Sonntag, 21. Februar, Nachmittags. Eine neue ostindische Post ist eingetroffen. Nach offizieller Meldung hat Sir Colin Campbell die Rebellen von Futtygur geschlagen und will nach Eintreffen des Belagerungstrains mit Jung Bahador vereint in Audh einrücken. — Aus Kanton wird gemeldet, daß der chinesische Generalgouverneur Yeh in der Verkleidung eines Kulie und ein Tatarengeneral gefangen genommen worden sind.

(Eingeg. 22. Februar, 4 Uhr Nachmittags.)

London, Montag, 22. Februar, Mittags. Ein Gerücht in sonst gut unterrichteten Kreisen bezeichnet Disraeli als Minister des Auswärtigen, Gladstone als Schatzkanzler, Ellenborough als Kriegsminister, Stratford als Kabinetsmitglied und Malmesbury als zukünftigen Gesandten in Paris.

London, Montag, 22. Februar, Mittags 12 Uhr. Konsols eröffneten zu 96½ und standen bei Abgang der Depesche 96. — Der aus Newyork eingetroffene Dampfer „Fulton" bringt die Nachricht mit, daß General Walker und Oberst Anderson zu Neworleans der Verletzung des Neutralitätsgesetzes angeklagt worden sind.

Paris, Montag, 22. Februar. Der heutige „Moniteur" meldet, daß Graf Hatzfeldt die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen dem kaiserlichen Hofe notifizirt habe. Ferner theilt der „Moniteur" die Abreise des Grafen Persigny nach London mit.

(Eingeg. 23. Febr., 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ **Berlin**, 22. Febr. [Vom Hofe; Kreditgesellschaft „Ceres"; große Kaffeetransporte; Kälte.] Das Befinden des Prinzen von Preußen nach dem Unfalle am Sonnabend ist ganz erwünscht, und steht zu erwarten, daß der hohe Patient schon in einigen Tagen vollständig den Fuß wieder wird gebrauchen können. Die letzte Nacht hatte der Prinz sehr gut geschlafen und ist von Schmerzen an dem verletzten Theile nicht belästigt worden. Gestern Morgen erschienen auch auf Geheiß Sr. Maj. des Königs die beiden Leibärzte Grimm und Schönlein im Palais, doch hat der Geheimrath Lauer bisher die Kur allein fortgesetzt. Dr. Schönlein ist bekanntlich auch Leibarzt der Frau Prinzessin. Gestern Nachmittag empfing bereits der Prinz die Minister v. Manteuffel, v. d. Heydt und v. Bodelschwingh und ließ sich von denselben Vortrag halten. Auch heute Mittag wurde der Ministerpräsident ins Palais gerufen. Die Prinzessin Friedrich Wilhelm ist von ihrem Unwohlsein völlig wieder hergestellt und erschien gestern bereits bei dem Diner im Schlosse, an welchem auch die Prinzessin von Preußen, die Prinzessin Stephanie von Hollenzollern, die Strelitzer Herrschaften rc. Theil nahmen. In voriger Woche besichtigte die junge Prinzessin mit ihrem Gemahl das neue Palais und traf daselbst noch mehrere Anordnungen. Dem anwesenden Baumeister zeichnete sie selber Möbel auf, wie sie deren in einigen Gemächern aufgestellt wünschte; auch machte die hohe Frau darauf aufmerksam, daß sie Thüren liebe, die mit Blumen von Möbelkattun beklebt werden. Für die Frau Prinzessin wird im Palais ein Atelier eingerichtet, da sie sich gern mit Malen beschäftigt; des Abends macht es der Prinzessin die größte Freude, ihrem Gemahl selber den Thee bereiten zu können. Heute Mittag befand sich die Prinzessin von Preußen wiederum bei ihren Kindern im Schlosse und machte außerdem der Gesellschaftsdame Ihrer Maj. der Königin Victoria, welche die Prinzessin Friedrich Wilhelm von London aus hierher geleitet hat, einen längeren Besuch. Schon in den nächsten Tagen wird diese englische Dame und eben so Lord Sidney, welcher der Prinzessin hierher gefolgt ist, die Rückreise nach London antreten. Beide Personen erfuhren während ihrer Anwesenheit an unserem Hofe große Auszeichnung und waren in allen prinzlichen Palais zur Tafel geladen. Heute befanden sie sich zum Diner bei dem jungen prinzlichen Paare. Die Frau Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin ist heute früh nach Schwerin zurückgekehrt, wird aber in einigen Wochen wieder hier erwartet. Die Frau Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz ist gestern Abend, nachdem sie zuvor im Palais des Prinzen von Preußen verweilt hatte, ganz unvermuthet nach Weimar abgereist. Wie es heißt, kehrt die hohe Frau schon übermorgen von dort wieder hierher zurück. — In der Sonnabendssitzung des Verwaltungsrathes der landwirthschaftlichen Kreditgesellschaft „Ceres" beschränkte man sich auf die Regulirung der durch das vorangegangene Konkursverfahren ins Stocken gerathenen Abwickelungen und auf die Besprechung innerer Verwaltungsmaaßregeln. Alles Uebrige bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten, die in 8 Tagen abgehalten werden soll. Der Verwaltungsrath ist bemüht, tüchtige neue Elemente heranzuziehen, und ist ihm um so mehr darum zu thun, da sich eine hochgestellte Person bereit erklärt hat, an die Spitze der Gesellschaft zu treten. — Auf der Potsdamer Bahn treffen seit einigen Tagen starke Transporte von Kaffee über Amsterdam hier ein. Vorgestern zählte ich allein 15 Güterwagen, die insgesammt mit Kaffee beladen waren. — Seit gestern haben wir wieder eine große Kälte, die uns Allen, mit Ausnahme der Holzhändler und Kürschner, sehr ungelegen kommt.

Königsberg, 19. Febr. [Erlöschen der Cholera.] Nach den der „Pr. C." vorliegenden amtlichen Berichten ist die Cholera im hiesigen Regierungsbezirk als erloschen zu betrachten. In der Zeit vom 15. bis ult. Januar d. J. sind die am 15. Januar d. J. in der Stadt Drengfuhrt, Kreises Rastenburg, krank verbliebenen 10 Personen genesen und in der Stadt Nordenburg, Kreises Gerdauen, sind in gedachter Zeit 50 neue Erkrankungsfälle vorgekommen, von denen, einschließlich von 25 Personen, welche am 15. Januar d. J. noch krank verblieben, 45 gestorben und 30 genesen sind. Weitere Krankheitsfälle sind nicht zur Anzeige gekommen.

Königsberg, 21. Febr. [Das Duell.] Der Redaktion der „K. H. Z." ist nachfolgende Erklärung zugegangen: „Die in mehreren Zeitungen, insbesondere in der „Zeit" enthaltenen, angeblich aus authentischen Quellen gebrachten Nachrichten über das zwischen dem Generallieutenant v. Plehwe und dem Sekondelieutenant Jachmann ausgebrochene Zerwürfniß, welches ein Pistolenduell zur Folge gehabt hat, erklären die Unterzeichneten, welchen die moralische Verpflichtung obliegt, die in dieser beklagenswerthen Sache stets unbefleckt gebliebene Ehre des erschossenen Generals zu wahren, theils für unvollständig, theils für falsch. Wir werden öffentlich sprechen, sobald es an der Zeit sein wird. Königsberg, 20. Febr. 1858. v. Schlichting, Hauptmann im 1. Inf. Regt. H. Cramer, Justizrath und Auditeur."

Oestreich. **Wien**, 20. Febr. [Die bosnische Deputation; die Vorgänge in Montenegro.] Die hier seit einigen Tagen verweilende bosnische Deputation ist letzten Sonnabend im Ministerium des Aeußeren von dem Unterstaatssekretär Freiherrn v. Werner empfangen worden, bei welcher Gelegenheit sie eine Denkschrift überreichte, in welcher die Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung ausführlich erörtert sind. Es wurde ihr das Versprechen gegeben, daß sich die kaiserliche Regierung zu ihren Gunsten in Konstantinopel verwenden wolle, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Ruhe in Bosnien nirgend gestört werde und die Verordnungen der Pforte, als der rechtmäßigen Regierung, genau befolgt würden. Die Unruhen in der Herzegowina wurden bei dieser Gelegenheit streng gerügt und ausdrücklich hervorgehoben, daß die Insurgenten durchaus nicht auf Sympathien von Seiten Oestreichs rechnen können. Von dem Fürsten Kallimachi wurde die Deputation nicht empfangen. Die letztere vertritt 24 Gemeinden. — Angesichts der Vorgänge in Montenegro und der von dort wiederholten Raubzüge auf das türkische Gebiet hat die Pforte durch ihren hiesigen Gesandten, Fürsten Kallimaki, auf ihre Erklärung hinweisen lassen, welche sie auf der Pariser Konferenz 1856 abgegeben. Damals erklärte Aali Pascha, daß die Pforte Montenegro als einen integrirenden Theil ihres Territoriums betrachte, daß sie für jetzt aber an dem status quo nichts ändern werde. Die jüngsten Vorgänge in Montenegro haben nun, wie Fürst Kallimaki dem Grafen Buol mittheilte, die Pforte bestimmt, in Erwägung zu ziehen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sein möchte, ihre damals reservirten Rechte in Anspruch zu nehmen. Wie ich höre, wird die Pforte an sämmtliche Unterzeichner des Pariser Friedenstraktats eine ähnliche Erklärung gelangen lassen.

Wien, 21. Febr. [Die französ. Repressivmaaßregeln; die Presse in Oestreich.] Die Repressivmaaßregeln, welche uns der Telegraph fast jeden Tag aus Paris berichtet, schreibt man der „D. A. Z.", erregen auch hier ungeheures Aufsehen, und ist man nicht wenig überrascht, aus dem Munde des neuen Ministers des Innern zu hören, daß die von den Hofpublizisten so viel gepriesene französische Staatsmaschine aus den Fugen zu gehen droht, und nur durch eine energische Soldatenhand zusammengehalten werden kann. Ohne übrigens die Nothwendigkeit dieser energischen Repressivmaaßregeln in Frage stellen zu wollen, darf man doch behaupten, daß ein wenig Preßfreiheit die französische Regierung über die Zustände des Landes gewiß viel besser unterrichtet hätte, als es, wie sich nun herausstellt, durch ihre Agenten der Fall gewesen sein mußte. Derartige Vorkommnisse sind darum auch mehr als alles Andere geeignet, Jedermann die Augen über die Nothwendigkeit einer gemäßigten Preßfreiheit zu öffnen, und glauben wir darum auch, daß die Repressivmaaßregeln der französischen Regierung in Deutschland wenig Nachahmung finden werden. — Was speziell Oestreich betrifft, so liegt kaum ein stichhaltiger Grund vor, die Presse weiter zu beschränken; die östreichische Presse hat der Regierung sehr große Dienste geleistet, und ist ihr noch täglich behülflich, gesunde politische Ansichten unter den Massen zu verbreiten. Wer die Stimmung der Bevölkerung vom Jahre 1849 mit der gegenwärtigen Haltung derselben vergleicht, muß nothgedrungen zu der Ueberzeugung gelangen, daß das östreichische Bewußtsein mit jedem Tage tiefere Wurzel faßt. Dies ist das Werk der östreichischen Presse, und so sehr dieselbe auch von der klerikalen Partei angefeindet wird, kann die Regierung doch die ihr von den Zeitungen geleisteten Dienste nie vergessen. Bemerkenswerth ist es übrigens, daß die Polemik der klerikalen Partei gegen die Presse mit jedem Tage an Heftigkeit zunimmt. Erst kürzlich veröffentlichte die Kirchenzeitung einen Schmähartikel gegen die östreichische Presse, der an Zynismus nur von den Herzensergießungen des Hrn. Veuillot übertroffen werden dürfte. Die östreichischen Zeitungen wagen es nicht, sich mit dem klerikalen Organe in eine Polemik einzulassen, weil das erwähnte Blatt sich gewöhnlich mit der Kirche identifizirt, und also unangreifbar sein will. Daß man übrigens diesem Blatte der übrigen Presse gegenüber einen so freien Spielraum gewährt, ist sehr bedauerlich, weil solche extreme Ansichten, wie sie Dr. Brunner predigt, in Oestreich Gottlob kein (?) Terrain haben. Unsere Staatsmänner sind viel zu aufgeklärt, um ihre Politik aus den Spalten der klerikalen Zeitungen zu holen, und dürfen wir also auch hoffen, daß die jetzt vielseitig gepredigte Ausrottung der Presse in den maaßgebenden Kreisen keinen Anklang finden wird. Oestreich bedarf zu sehr der Dienste einer unabhängigen Presse, um dieselbe der klerikalen Partei zu Gefallen noch mehr zu beschränken. (Das sind Hoffnungen und Wünsche, denen die „D. A. Z." um ihrer selbst willen ihre Spalten leiht; uns erscheinen sie jetzt etwas sanguinischer Natur. D. Red.)

— [Eisenbahnunfall.] Bei der Station Theresienfeld auf der Südbahn hat am 14. d. ein Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Lastzuge stattgefunden, wobei ein Packer todt blieb und mehrere Waggons zertrümmert wurden; die Passagiere sind glücklicherweise unverletzt geblieben.

— [Ein Lebendigbegrabener.] Der furchtbare Fall, daß ein Mensch lebendig begraben wurde, hat sich in Reichenberg zugetragen. Am 3. Febr. verschied die Wittwe eines vor zehn Jahren gestorbenen Kaufmanns, welcher damals in einem ausgemauerten Grabe beerdigt wurde. Als man nun dasselbe öffnete, um die Leiche der Frau beizusetzen, fand man den darin befindlichen Sarg, aus welchem die Füße heraussahen, auf die Seite gekehrt und den Todten selbst auf dem Gesichte liegen. Er lebte also noch, als sich die Gruft über ihm schloß.

Hannover, 21. Febr. [Der Entwurf einer neuen Gewerbeordnung], der den vertagten Kammern vorgelegt ist, und jetzt einen ihrer Ausschüsse beschäftigt, soll vor Allem zweierlei: einige 1848 hergestellte Schärfen des Zunftzwanges wieder entfernen und den amtlichen Einfluß der Staatsgewalt auf den Gewerbebetrieb steigern. Jenen Zweck erfüllt er nicht vollständig: diesen so weit, als heutzutage irgend denkbar ist. Der Zunftzwang wird besonders eingeschränkt durch die Erlaubniß der freien Einfuhr von Gewerbserzeugnissen in Zunftorte und der Zuziehung von Gesellen einer anderen Zunft. Auch wird das gesammte Landgewerbe für frei erklärt, vorbehaltlich seines Anschlusses an die jedesmalige nächste städtische Zunft; doch wird das den schon bestehenden Zustand nicht wesentlich ändern. Die Erwerbsbefugniß der Frauen hat eine mäßige Erweiterung erfahren. Die geringste Dauer der Lehrlingszeit ist von drei auf zwei Jahre herabgesetzt. Der Uebergang des Meisters zu einem anderen Gewerbe ist etwas erleichtert. Das ist aber auch Alles, was die Freiheit gewinnen soll; und was ihr zu verlieren ausgesonnen wird, ist über allen Vergleich hinaus mehr. Ein Dutzend bisher freier Gewerbebetriebe, wie Makler, Omnibus- und Droschkenfahrer, wird an Konzessionen gebunden. An Konzessionen gebunden werden alle Fabriken von Aktien- und Kommanditgesellschaften, alle mit elementarischen Kräften betriebenen Fabriken, alle Fabriken, welche künftig im Verwaltungswege dieser Pflicht unterworfen werden. Die Konzession des Handwerkers kann entzogen werden, wenn zweimalige Bestrafung wegen Ueberschreitung der erwerbsrechtlichen Grenzen nicht für immer gewarnt hat, oder wenn wiederholte Verabredungen über den Preis eingegangen sind, oder wenn eine obrigkeitliche Verwarnung wegen mangelhaften oder gesetzwidrigen Gewerbebetriebs fruchtlos geblieben ist; die Konzession der Fabrikanten ist nicht ganz so leicht, aber in ähnlicher Weise entziehbar. Alle Aktiengesellschaften ferner, alle Kredit- und Versicherungsanstalten, alle Arbeiterbildungsvereine und Vereine für billige

Lebensmittel sind an Konzessionen geknüpft. Auf Abreden der Geschäftsinhaber über den Preis sind eben so strenge Strafen gesetzt, wie auf Verschwörungen der Arbeiter wegen des Lohnes. Jeder Fabrikant muß eine obrigkeitlich zu genehmigende Fabrikordnung einführen. Gesellen-Hülfskassen sollen von oben her zwangsmäßig eingeführt werden, und dem Ministerium des Innern ist es überlassen, auch aus Fabrikanten und Großhändlern „Genossenschaften mit Zwang" zum Beitritt zu bilden.

Leer, 20. Febr. [Verbrechen.] Am 14. d. wurde ein Ehepaar aus Bunde, Amts Weener, im hiesigen Gefangenhause abgeliefert, in Begleitung eines Wagens, auf welchem ein Sarg stand, welcher die Leiche eines 17jährigen Jünglings barg. Dieser Jüngling, Sohn resp. Stiefsohn der beiden Eheleute, soll von denselben ermordet worden sein, um in den Besitz seines kleinen mütterlichen Vermögens zu gelangen. Der Zug machte einen grauenhaften Eindruck. Am folgenden Tage erfolgte der Weitertransport nach Aurich, woselbst die Sache vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kommen wird.

Sachsen. Dresden, 21. Febr. [Der deutsche Bund und die Volksvertretung bei demselben.] In der 2. Kammer kam am 18. d. der Bericht der zweiten Deputation über Abth. 7 des ordentl. Ausgabebudgets, die Beiträge zu den Ausgaben des deutschen Bundes betr., zur Berathung. Wir haben den Schluß des Berichts, worin die Deputation dem Könige für seine bei Eröffnung des Landtages bezüglich der dänischen Frage ausgesprochenen Worte aus innerster Ueberzeugung dankt, bereits mitgetheilt (s. Nr. 43). Bei der sehr umfänglichen allgemeinen Debatte, welche sich jetzt entspann, wurde mancher scharfe Tadel gegen den deutschen Bund laut. So erinnerte u. A. Abg. Jungnickel daran, wie es denn mit dem Projekte einer Volksvertretung am Bunde stünde? Man habe 1850 ständischerseits darauf einen Antrag gerichtet und die Regierung habe ihn in dem Sinne auch acceptirt, daß man darunter eine Vertretung aus den Ständekammern verstünde. Auf dem folgenden Landtage sei die Sache zwar wieder zur Sprache gebracht, indeß habe man sie nicht weiter verfolgt, da man den früheren Antrag noch für bestehend gehalten. Schließlich äußerte sich Staatsminister Frhr. v. Beust (nach der „F. S. Z."): „Die Aeußerung im Deputationsbericht über die holsteinsche Sache entspräche vollkommen der Ansicht der Regierung. Die Gesammtheit der deutschen Regierungen verfolge einmüthig und ernst dasselbe Ziel und es sei daher kein Zweifel erlaubt daran, daß das Ziel auch erreicht werde. Der Bund werde sich nicht beirren lassen durch herausfordernde Maaßregeln oder scheinbare Nachgiebigkeit des Gegners in dieser Sache, aber auch sich nicht von der eingeschlagenen Bahn einer vorsichtigen und gründlichen Behandlung der Rechtssache gegenüber einem Bundesgliede abziehen lassen durch laut werdende Ungeduld und Vorwürfe. Was in dieser Beziehung im Allgemeinen gegen den deutschen Bund gefehlt werde in Deutschland selbst, trage gewiß nicht dazu bei, die Erreichung des Ziels zu erleichtern, und man könne sich kaum noch wundern, daß in Dänemarks Presse Stimmen der Mißachtung gegen den deutschen Bund sich erhöben, wenn man in Deutschland selbst Mangel an Vertrauen zu dem Bunde ausgesprochen finde. Was über die Einigung der materiellen Interessen und der Gesetzgebung in Deutschland gesagt sei, dem stimme er gern zu. Die sächsische Regierung habe in dieser Beziehung mit allen Kräften gewirkt, und es freue ihn besonders, daß, nachdem namentlich die Haltung der sächsischen Regierung in der Zollkrisis mannichfach getadelt sei, jetzt eine gerechtere Beurtheilung derselben sich geltend mache. Es seien auch Bemerkungen im Allgemeinen über des Bundes Wirksamkeit, wenn auch sehr flüchtig, gemacht worden. Daß man noch immer eine dem Bunde ungünstige Stimmung bemerke, liege theils in unabänderlichen Verhältnissen, theils aber auch daran, daß man nicht genugsam in die Grundbedingungen des Bundes Einsicht genommen. Daß der Bund seit 1851 doch etwas gethan, beweise seine Thätigkeit auf materiellem Felde, wie seine Haltung während des orientalischen Krieges, und wenn Vorwürfe über die Thätigkeit des Bundes in inneren politischen Beziehungen ausgesprochen seien, so bemerke er, daß es nicht Aufgabe der sächsischen Regierung sein könne, der Ausführung von Bundesbeschlüssen hinderlich zu sein; auch könne er im Allgemeinen einen solchen Vorwurf nicht gelten lassen. Die Volksvertretungsfrage beim Bunde sei zugleich wieder zur Sprache gebracht. Er könnte sich die Beantwortung darauf leicht machen, wenn er darauf hinweisen wollte, daß der erwähnte ständische Antrag von 1850 durch die Dresdener Konferenzen und ihr Resultat, die Wiederbeschickung der Bundesversammlung, materiell erledigt worden sei. Aber er wolle doch der Frage selbst nicht aus dem Wege gehen. Der Gedanke, daß eine größere Ausdehnung der allgemeinen deutschen Gesetzgebung eine Mitwirkung der Stände nöthig mache, sei von der sächsischen Regierung stets hochgehalten worden. Indeß verstünde man gewöhnlich ganz etwas anderes unter einer Volksvertretung: nämlich eine Betheiligung des Volkes an den politischen Fragen des deutschen Bundes. Die Erfahrungen, welche man in dieser Beziehung aus dem Versuche im Jahre 1848 gemacht, dürften als solche hervorzuheben sein, welche nicht allein eine Folge der damaligen revolutionären Zustände gewesen seien, sondern auch eine natürliche Folge von Unmöglichkeiten, von denen man ausgegangen sei bei Einberufung des Parlaments. Bei einer Volksvertretung sei eine starke, deshalb sehr vereinfachte Exekutivgewalt nöthig, wenn man verhüten wolle, daß das Parlament seine Grenzen überschritte, wozu es ohnehin geneigt sein werde, da es über kein Budget verfügen könne und deshalb seinen Schwerpunkt in einer rein politischen Haltung suchen müsse. Eine solche starke Exekutivgewalt setze aber wieder eine gänzliche Umgestaltung des Bundesorgans voraus, eine große Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, da eine Unterordnung der beiden Großmächte unter einander nicht erfolgen werde, der Dualismus auf die Dauer unersprießlich wirken müßte und das Projekt, mit den andern Staaten eine Gruppenvereinfachung zu erzielen, seine Schwierigkeiten bereits hinlänglich gezeigt habe. Aber er bekenne offen, sollte selbst eine für eine solche Exekutivgewalt nöthige Vereinfachung des Bundesorgans möglich sein, so müsse jeder gewissenhafte deutsche Minister sich dagegen stemmen, eben weil mit der Zeit daraus eine Schwächung und Auflösung der Einzelstaaten sich ergeben würde, ein Resultat, welches weder in den Wünschen des deutschen Volkes liege, noch den eidlichen Pflichten entspräche, die ein Minister, wie ja auch jedes Mitglied dieser Ständekammer, angelobt habe. Er frage aber auch, sei denn Deutschland wirklich so unglücklich im Staatenbund? Da möchte er sich denn vor Allem auf die ganze deutsche Geschichte, von ihren glorreichsten Kaiserzeiten an bis auf die Kämpfe zu Anfang dieses Jahrhunderts herab berufen, woraus sich zeigen ließe, daß die Kämpfe und Fehden zwischen Kaiser und Fürsten, die Zersplitterung der deutschen Nationalmacht, die Herbeiziehung der Fremden kein Ende genommen hätten, bis dahin, daß der Staatenbund eingerichtet sei und wenn man darauf hinweise, daß 1851 abermals ein innerer Krieg gedroht habe, so bemerke er dagegen, daß dieser allein deshalb entstanden sein würde, weil man von einer Seite die bewährten Grundlagen des Staatenbundes nicht mehr anerkennen wollte. Im Schutze der Bundesverfassung habe Deutschland drei große Krisen von 1830, 1848 und 1855 glücklich überstanden. Solche Wohlthaten des Deutschen Bundes sollte man doch, eingedenk früherer Zeiten, nicht vergessen." Bei der Abstimmung ward der die Zustimmung der Kammer zu den königlichen Worten über Holstein ausdrückende Deputationsantrag einhellig angenommen und sodann erhob sich, auf den Vorschlag des Präsidenten, noch die ganze Kammer, um durch ein dreimaliges Hoch auf Se. Maj. den König ihm Dank für Allerhöchstdessen „königliche echtdeutsche Worte" auszubringen.

Baden. m Freiburg, 21. Februar. [Lehrerinnen; von der Universität; Kunst; Holzhandel; Witterung; Fastnachtsbelustigungen.] Da man längst schon den Vorzug der Lehrerinnen vor den Lehrern für den Unterricht der weiblichen Jugend, namentlich in den Städten, eingesehen hat, so sind schon seit längerer Zeit Begehren einzelner Gemeinden und Schulbehörden bei der Regierung um die Erlaubniß der Einführung von Schulschwestern eingelaufen. Doch hat diese Einführung mancherlei Schwierigkeiten, die nicht so leicht zu beseitigen sind, besonders bezüglich des Kostenpunktes. Indessen sind doch vor Kurzem in einer Gemeinde des Landamtsbezirkes Freiburg, in der sich eine Seidenspinnerei befindet, dieselben eingeführt worden. Der Erfolg wird zeigen, ob ihre Verbreitung durchaus nothwendig für größere Gemeinden ist. — An unseren beiden Landesuniversitäten ist das bis jetzt bestehende abgesonderte Ephorat, das namentlich über sittliche Führung und Fleiß der Studirenden zu wachen hatte, dem engern Senate übertragen worden. Dieser soll sich zu dem Behufe mit den Universitätslehrern in Vernehmen setzen. Hierdurch kann wirklich die akademische Jugend in ihrem Treiben strenger überwacht werden. Auch tritt mit dem Jahre 1859 ein neuer Examinationsplan für die Mediziner ins Leben. Durch die strengen Anforderungen, welche nach demselben an sie gestellt werden, dürfte mancher junge Mann abgeschreckt werden, Medizin zu studiren, ja, mancher von Denen, die im Studium derselben schon ziemlich vorgeschritten, dürften durch diese Verordnung sehr ins Gedränge kommen. — Die vieles Werthvolle enthaltende Gemäldesammlung des Professors und Domdekans v. Hirscher soll aus Staatsmitteln angekauft worden sein. Dieser Gelehrte gilt hier als der größte Kenner und eifrigste Beförderer der Kunst. — Durch die strenge Kälte sind jenseit des Rheins die Kanäle zugefroren. Da auch der Wasserstand des Rheins selbst so niedrig ist, wie seit Menschengedenken nicht, so ist unser früher so lebhafte Holzhandel völlig ins Stocken gerathen. Ueberall sind Holzmassen am Rheine aufgehäuft, ohne daß dieselben weiter befördert werden können, besonders da die elsaßische Eisenbahn für diesen Transport zu kostspielig wäre, auch nicht die nöthige Einrichtung hat. — Seit einigen Tagen haben wir wieder bedeutende Kälte, und die schon seit einiger Zeit hier herrschende Grippe ist dadurch eher vermehrt als vermindert worden. — Die heurigen Fastnachtsbelustigungen waren natürlich nicht von großer Bedeutung. Nur die Studirenden und einige junge Leute der Stadt veranstalteten zusammenhängende Fastnachtsscenen.

Frankfurt a. M., 21. Febr. [Bundesversammlung.] In der Bundestagssitzung vom 18. l. M. gab das Präsidium die Anzeige von dem am 13. d. erfolgten Ableben des kurhessischen Bundestagsgesandten, Frhrn. v. Dörnberg, zu Protokoll und lieh dabei dem die Versammlung durchdringenden Gefühle tiefster Trauer über den Verlust dieses durch hervorragende Eigenschaften des Geistes wie Charakters ausgezeichneten, allgemein geachteten Mitgliedes theilnehmende Worte. Die Versammlung ersuchte gleichzeitig das Präsidium, den Angehörigen des Verlebten den Ausdruck ihres innigen Beileides kundzugeben. Nachdem sodann von mehreren Gesandten Standesausweise der Kontingente zum Bundesheere und Notizen über die Eisenbahnen zum dienstlichen Gebrauche für die Militärkommission überreicht worden waren, beschloß die Versammlung, aus Anlaß der bevorstehenden anderweitigen dienstlichen Verwendung des dermaligen Oberkommandanten der in Frankfurt garnisonirenden Bundestruppen, wie des Kommandanten daselbst, gedachtes Oberkommando vom 15. März l. J. an auf einen k. k. östr. General, die Kommandantur aber an einen k. preuß. Stabsoffizier übergehen zu lassen und die höchsten Regierungen von Oestreich und Preußen zu ersuchen, die desfalls erforderlichen Einleitungen treffen zu wollen. Die zu Nürnberg tagende Handels- und Gesetzgebungskommission hat beschlossen, den Entwurf der ersten drei Bücher des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, wie derselbe aus der zweitmaligen Lesung hervorgegangen ist, nebst den dazu gehörigen Kommissionsprotokollen, durch Veranstaltung eines offiziellen Abdruckes derselben, veröffentlichen zu lassen, und es hat die Kommission hiervon Anzeige erstattet und dabei angefragt, ob gegen das desfalls beabsichtigte Verfahren etwa Bedenken bestehen. Die Versammlung beschloß, derselben hierauf erwidern zu lassen, daß gegen das gedachte Vorgehen eine Einwendung diesseits nicht zu erheben sei. Auf Vortrag des Ausschusses in Militärangelegenheiten genehmigte die Versammlung die beantragte Erbauung eines Hospitals in der Bundesfestung Landau, ordnete die desfalls erforderlichen vorbereitenden Einleitungen an, und stellte der Militärkommission die für diese letzteren vorläufig nöthigen Geldmittel zur Verfügung. Sie gewährte ferner der Wittwe eines früheren Bediensteten des Bundes eine Unterstützung aus der Bundeskasse, lehnte aber gleichzeitig ein anderes für nicht begründet erachtetes Unterstützungsgesuch ab. Schließlich schritt die Versammlung zur Wahl des durch Bundesbeschluß vom 3. August 1820, Behufs der Vollziehung der Grundgesetze und Beschlüsse des Bundes, der Austrägalerkenntnisse und kompromissarischer Entscheidungen u. s. w. permanent niedergesetzten, von sechs zu sechs Monaten neu zu bestellenden Ausschusses.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Febr. [Ottawa, Hauptstadt von Canada.] Nach dem „Globe" hat (wie bereits in Nr. 44 gemeldet), Ottawa vor Quebek, Montreal, Kingston und Toronto den Vorzug erhalten und ist von der Regierung zur Hauptstadt Canada's erklärt worden. Diese Nachricht ist von dem Theile des englischen Handelsstandes, welcher mit Canada in Verkehr steht, mit großem Interesse aufgenommen worden, wenn man gleich schon seit längerer Zeit ziemlich zuversichtlich erwartet hatte, daß die Wahl auf den erwähnten Ort fallen werde. Von den fünf Städten, die sich um diese Ehre bewarben, liegt Ottawa am meisten im Centrum des Landes und galt schon seit einigen Jahren eben wegen der natürlichen Vortheile dieser Lage für einen Ort, der voraussichtlich bald eine große Wichtigkeit erlangen werde. Es bildet den Mittelpunkt des Handels mit Bauholz, welches ihm die in der Nähe befindlichen gewaltigen Wälder liefern. Durch eine nach Prescott führende kurze Zweigbahn steht Ottawa mit der canadischen Hauptbahn und durch eine andere, bei Ogdensburgh mündende Bahn mit dem Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten in Verbindung. Dampfer gehen täglich ost- und westwärts nach Montreal und Kingston. Seit einiger Zeit ist ein Projekt im Werke gewesen, einen Kanal von dem Ottawafluß nach Georgianbay anzulegen. Dadurch würde Ottawa der Hauptplatz für den Handelsverkehr des Huronensees und des Oberen Sees werden. Gegenwärtig steht die Stadt durch den Rideaukanal mit dem Ontariosee in Verbindung. Von Ottawa aus beträgt die Entfernung nach Montreal 126, nach Quebek 296, nach Kingston 95, nach Toronto 233 und nach Newyork 450 englische Meilen. Die Einwohnerzahl ist gegenwärtig nicht größer als 10,000 Seelen, während Montreal 75,000, Quebek 60,000, Toronto 50,000 und Kingston 13,000 Einwohner zählt. In diesem Jahre wird die Zunahme der Bevölkerung aller Wahrscheinlichkeit nach außerordentlich stark sein.

— [Parlament.] In der vorgestrigen Unterhaussitzung beantragte Sir J. Trelawny die zweite Lesung der Bill, welche die Abschaffung der unter dem Namen Church-rates bekannten Abgaben bezweckt (s. Nr. 44). Diese Steuer, welche in manchen Städten des Landes und auch in einem großen Theile der Hauptstadt London gar nicht erhoben wird, hat den Zweck, die Kirchen, d. h. die Gebäude gut im Stande zu halten. Da ihr dort, wo sie überhaupt besteht, auch Dissenter und Leute, die sich überhaupt um das kirchliche Leben wenig kümmern, unterworfen sind, so macht sie viel böses Blut. Auch lehrt die Erfahrung, daß die zur Reparatur der Kirchen erforderlichen Gelder eben so gut oder besser durch freiwillige Beiträge der bemittelteren Gemeindemitglieder aufgebracht werden. Oberst Thompson unterstützte den Antrag. Lord R. Cecil stellte das Amendement, die zweite Lesung bis über sechs Monate zu verschieben. Sir A. Elton für die zweite Lesung, meinte aber, es würde gut sein, wenn der Staat eine Summe für die Erhaltung von Kirchen auswürfe. Ball hob hervor, daß die Dissenter aller Klassen zusammengenommen zahlreicher seien, als die Anhänger der Kirche von England, und daß dieselben gern freiwillige Beiträge zur Reparatur von Kirchen geben werden, wenn man sie von einer zwangsweise erhobenen Steuer befreie, gegen welche sich ihr Gewissen sträube. Nachdem Sir G. Grey eine Art Kompromiß vorgeschlagen hatte, mit welchem sich Sir J. Trelawny nicht einverstanden erklärte, kam es zur Abstimmung, und die zweite Lesung der Bill ward mit 213 gegen 160 Stimmen beschlossen.

— [Tagesnotizen.] Der Prozeß gegen Pater Conway hat vorgestern in Dublin begonnen. Die Jury besteht zur Hälfte aus Protestanten und Katholiken. Als Kläger erschien der Generalprokurator im Namen der Krone (es ist der erste Fall in Irland unter der neuen Akte gegen Einschüchterung bei Parlamentswahlen). Er beschuldigt den Pater, sich im verflossenen Jahre bei den Wahlen in der Grafschaft Mayo gesetzwidrige Schritte erlaubt zu haben. Am Palmsonntage, am Tage vor der Wahl, habe er von der Kanzel herab den protestantischen Kandidaten (Oberst Higgins) öffentlich einen Schurken genannt, und Gottes Fluch allen Denen verheißen, die für ihn stimmen würden. Dies sei offenbar religiöse Einschüchterung. Am Abend desselben Tages habe er an der Spitze des Pöbels den genannten Kandidaten mit Steinwürfen verfolgt, habe nochmals auf offener Straße Alle verflucht, die für ihn stimmen sollten, und habe einen von dessen Freunden an der Spitze des Pöbels gezwungen, sich von Oberst Higgins loszusagen. Es sei deshalb der Pater eines zweifachen Verbrechens angeklagt: Einschüchterungen gebraucht und Zusammenrottungen veranlaßt zu haben. Mehrere Zeugen erhärten obige Mittheilungen. Heute beginnt wahrscheinlich die Vertheidigung und das Verhör der Entlastungszeugen. — Vor dem Polizeigericht in Bowstreet trug sich vorgestern folgende Scene zu: Ben Caunt, ein sehr renommirter Boxer, hatte durch die Post eine Vorladung erhalten, um sich gegen die Anklage zu vertheidigen, daß er sich mit Pierri, Orsini und Allsop gegen das Leben des Kaisers Napoleon verschworen und mörderische Feuerwerkskörper in seinem Hause versteckt habe. Diesem Meister der edlen Kunst des Faustkampfes, der stark von Körper, aber schwach an Geist ist, hatten seine Freunde Angst gemacht, er könne sehr leicht den französischen Behörden ausgeliefert und nach Cayenne deportirt werden. Er erschien daher etwas niedergebeugt und versicherte, daß Verschwörungen nicht zu seinem Geschäfte gehörten. Der Polizeirichter bemerkte ihm zu seiner Beruhigung, er hätte wohl wissen können, daß der Verhaftsbefehl fingirt sein müsse, da die Polizei dergleichen wichtige Mittheilungen nie durch die Post befördere. — Bei dem Polizeigerichte von Southwark beschwerte sich andererseits vorgestern ein Italiener, daß er seit dem Pariser Attentat von früh bis Abend von französischen Polizeispionen auf Schritt und Tritt verfolgt werde. Er ernähre sich durch Sprachunterricht; seine Verfolger ließen ihn nicht aus den Augen, warteten auf ihn vor den Häusern, wo er Unterricht gebe, und er fürchte, es werde dies am Ende seinem Erwerbe schaden, da ihn die Leute seiner Bekanntschaft für einen Dieb oder Verschworenen halten könnten. Er erlaube sich aus diesen Gründen die höfliche Anfrage, ob er diese Herren verhaften lassen könne. Der Polizeirichter bedeutete dem Italiener, daß er dies füglich nicht thun könne, so lange jene sich keines Friedensbruches schuldig machten. Jene Herren seien wahrscheinlich auf einer falschen Fährte, und würden sich hoffentlich bald davon überzeugen. — Nach der „Birmingham Daily-Post" hat der Polizeiinspektor Stephens, der ein früher von Orsini bewohntes Haus durchsucht hat, den Gemeindebehörden jede Auskunft darüber verweigert, ob er zu jenem Akt durch einen Verhaftsbefehl ermächtigt war oder nicht. Er will es auf eine gerichtliche Klage ankommen lassen. — Die „Times" kämpft gestern wieder einmal mit dem frivolsten Uebermuth und den schalsten Witzen gegen Deutschland und für Dänemark. Als Probe von dem Tone, in welchem der Artikel geschrieben, möge nur dienen, daß die „Times" darin unter Anderm das „vom Schicksal verfolgte Schleswig-Holstein auf der Erymanthischen Jagd dem Speer des Herkules Palmerston erliegen" läßt. Die Art und Weise, wie in dem Artikel von dem Deutschen Bunde gesprochen wird, ist zu erbärmlich, als daß davon nur Notiz zu nehmen wäre. — William Watt aus Newcastle a. d. Tyne, ein Bruder des in Salerno gefangenen Ingenieurs, hat von Clarendon ein Schreiben erhalten, mit dem Anerbieten, ihn in Gesellschaft eines königl. Kuriers kostenfrei nach Neapel zu senden, falls er den Wunsch hegen sollte, sich von dem Zustande seines unglücklichen Bruders persönlich zu überzeugen oder ihn zu pflegen. Watt ist bekanntlich in Wahnsinn verfallen.

— [Thomas Allsop], der angeblich in das Pariser Attentat verwickelt, wäre beinahe in der Nähe von London verhaftet worden. Auf der Station Basingstoke, wo der Zug von London nach Southampton einen Augenblick anhält, bemerkte Thomas Allsop, welcher sich in einem der Wagen befand, daß die Polizeiagenten ihn mit großer Aufmerksamkeit musterten. Er sprang rasch auf die Bahn und ergriff die Flucht mit solcher Geschwindigkeit, daß er schon weit weg war, als man ans Verfolgen ging. Man vermuthet indessen, daß er sich den Nachstellungen nicht lange werde entziehen können. Wahrscheinlich wollte er von Southampton aus nach Jersey und nach Havre überfahren.

— [Zeitungsstimmen; Meeting.] Selbst „Punch" ist an Lord Palmerston irre geworden. Auf seinem neuesten Hauptbild figurirt der edle Lord in einer „Würdevollen Stellung", wie die Ueberschrift sagt. Er sitzt, Schlittschuhe an den Füßen, mit dem Steiß auf dem Eise, hart an einer als gefährlich bezeichneten Stelle. Der Unverkennbare, der ihn niedergerannt hat, fährt, die Cigarre im Munde, gleichgültig vorüber. Der Sitzende aber ruft: „Bitte sehr um Verzeihung! Ich habe Ihnen doch hoffentlich nicht wehe gethan?! — „Daily News" klagt über die Apathie und Unwissenheit, mit der die wohlhabenden Klassen den gefährlichsten Wendepunkt in der Geschichte Englands ansehen. — Der „Advertiser" wimmelt von Zuschriften und Artikeln, die sich kaum andeutungsweise wiedergeben ließen. — In Kennington hat gestern ein zahlreich besuchtes Meeting gegen die Verschwörungsbill stattgehabt.

— [Das französische Paßwesen.] Die „Times" wird ersucht, folgende Anzeige zu veröffentlichen: „Auswärtiges Amt, 18. Februar 1858. „Ihrer Majestät Botschafter in Paris hat, als er, den Instruktionen des Earl von Clarendon gemäß, die französische Regierung fragte, ob sie britischen Unterthanen gestatten wolle, ohne Paß in Frankreich zu landen, wenn es nicht ihre Absicht sei, sich ins Innere des Landes zu begeben, und ferner: ob Ihrer Majestät Konsuln die Befugniß haben sollen, solchen Personen Pässe zur Reise nach Frankreich oder anderwärts hin auszufertigen, von dem französischen Minister des Auswärtigen den Bescheid erhalten, daß man Niemandem, er sei wer er sei, gestatten werde, ohne Paß in Frankreich zu landen. Auch werde ein Konsularpaß, der einem ohne Paß Gelandeten verabfolgt worden sei, nicht anerkannt werden." Diese Anzeige veranlaßt die „Times" zu einem beißenden Leitartikel über das französische Paßwesen.

London, 20. Febr. [Vom Hofe.] Gestern Nachmittag war Kour im Buckingham-Palace. Die Königin nahm bei dieser Gelegenheit eine Glückwunsch-Adresse des Klerus der Kirchenprovinz Canterbury aus

Anlaß der Vermählung der Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen entgegen.

— [Parlament.] In der gestrigen Unterhaussitzung beantragte Lord Palmerston die zweite Lesung der Verschwörungsbill. Er hob zuvörderst hervor, wie man sich große Mühe gegeben habe, die falsche Vorstellung zu verbreiten, als sei dieser Gesetzentwurf eine Fremdenbill. Er sei nichts weniger als das. Er verleihe der Regierung durchaus keine willkürliche Gewalt, noch überhaupt irgend welche Befugnisse, die nicht eben so gut auf Engländer, wie auf Ausländer ihre Anwendung fänden. Die Gesetze der Gastfreiheit erlitten durch die Bill durchaus keine Beeinträchtigung. Jeder Fremde, was für politische Vergehen er auch immer begangen haben möge, werde, nachdem die Bill durchgegangen sei, eben so gut, wie jetzt, in England ein sicheres Asyl finden, so lange er sich den Landesgesetzen füge. Gegen das von der Regierung beobachtete Verfahren sei der Einwand erhoben worden, daß man sage, die Regierung hätte eine schriftliche Antwort auf die Depesche des Grafen Walewski ertheilen sollen. Nun habe aber der französische Botschafter jene Depesche dem Earl von Clarendon persönlich eingehändigt und dieser habe ihm erklärt, daß er keine Veränderung des Gesetzes in Bezug auf das den Ausländern zu gewährende Asylrecht erwarten dürfe. Eine schriftliche Antwort würde jedenfalls den Charakter einer Kontroverse angenommen haben und auch in anderer Hinsicht nicht rathsam gewesen sein. Milner Gibson beantragte als Amendement folgende Resolution: „Das Haus vernimmt mit großem Bedauern die Behauptung, daß die neulichen Attentate auf das Leben des Kaisers der Franzosen in England angezettelt worden seien, und drückt seinen Abscheu über solche strafbare Unternehmungen aus. Das Haus ist jederzeit bereit, allen etwaigen Mängeln in unserem peinlichen Recht, deren Vorhandensein nach gehöriger Prüfung nachgewiesen ist, abzuhelfen. Allein es kann nicht umhin, es zu beklagen, daß Ihrer Majestät Regierung, ehe sie das Haus einlud, das die Verschwörungen betreffende Gesetz in dem gegenwärtigen Zeitpunkte zu verbessern, es nicht für ihre Pflicht erachtet hat, die von der französischen Regierung erhaltene, Paris, 20. Jan. 1858, datirte und dem Parlamente vorgelegte wichtige Depesche irgendwie zu beantworten.“ Er stellt in Abrede, daß er zu denen gehöre, von welchen der Charakter der Bill falsch aufgefaßt werde. Doch dürfe seines Erachtens eine Sache, bei welcher die Ehre der Nation ins Spiel komme, nicht auf dem Wege der bloßen mündlichen Unterredung abgemacht werden. Die Antwort auf die französische Depesche hätte urkundlich niedergelegt werden sollen, und seine Resolution bezwecke, das Haus zu einem Meinungsausdruck hierüber zu veranlassen. Die Bill könne trotz der Resolution ihren Fortgang haben und durchgehen. Er glaube jedoch, daß das gegenwärtige Gesetz genüge, um in England befindliche Personen zu erreichen, die sich bei dem verabscheuungswürdigen Pariser Attentat betheiligt hätten. Allein, wenn es gleich gefährlich sei, eine Abänderung in dem Verschwörungsgesetze vorzunehmen, so werde er sich doch, wenn sich die Mangelhaftigkeit des Gesetzes darthun lasse, einer Verbesserung desselben nicht in den Weg stellen. Die Depesche des Grafen Walewski tadle die Art, wie England das Asylrecht ausübe, und es wäre die Pflicht der englischen Regierung gewesen, höflich und würdevoll, aber mit Festigkeit zu antworten, und die großen politischen Grundsätze, auf welche sich die von England hinsichtlich des Asylrechts befolgte Politik stütze, schriftlich zu beurkunden. Wenn man keine Antwort auf die Depesche ertheile, so sei das ein stillschweigendes Einverständniß, daß man in England mit offenen Augen Meuchelmörder beherberge und begünstige. Die Art, wie die Regiernng sich in der Sache benommen habe, scheine ihm geeignet, England in Händel mit Frankreich zu verwickeln. Walpole stimmte den von Gibson ausgesprochenen Grundsätzen von Herzen bei. Die Frage sei klar hingestellt. Auf der einen Seite stehe das Parlament als Vertreter des englischen Volkes, auf der anderen die Exekutive, welche sich einer Pflichtvergessenheit schuldig gemacht habe. Da er das Prinzip der Bill für recht halte, so müsse er sie unterstützen, aber nur unter der Bedingung, daß vorher Englands Ehre gewahrt werde. Die Depesche der franz. Regierung sei eine Art Requisition oder Forderung, die sich auf unwahre Voraussetzungen stütze, und wenn man die Bill durchgehen lasse, ohne jene falschen Behauptungen durch irgend eine Erklärung Lügen zu strafen, so werde dies in Europa den Eindruck machen, als sei England um eine Antwort verlegen. Es sei unbegreiflich, daß das Ministerium so lange geschwiegen habe, und noch unbegreiflicher, daß es, nachdem es bei Einbringung der Bill auf diesen seinen Mißgriff aufmerksam gemacht worden sei, nicht die Unterlassungssünde wieder gemacht und sich dem Parlament und Lande gegenüber in die richtige Stellung gebracht habe. Er hoffe, daß man mit der Bill nicht eher vorgehen werde, als bis die Landesehre durch ein schriftliches Aktenstück vollständig gewahrt sei. Sir G. Grest entgegnete, es sei dem französischen Gesandten rund heraus erklärt worden, daß die Regierung nicht die Absicht habe, das Asylrecht auch nur im Geringsten zu beschränken, und wenn auch keine schriftliche Antwort abgesandt worden sei, so unterliege es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß die französische Regierung die Meinung der englischen vollkommen begriffen habe. Die Depesche Walewski's enthalte keine Anklage gegen das englische Volk und beziehe sich gar nicht auf britische Unterthanen. Wenn die Regierung die Depesche so ausgelegt hätte, wie Walpole dies gethan, so würde sie sich damit einer Beleidigung des französischen Volks schuldig gemacht haben. Die Bill bezwecke eine an sich wünschenswerthe Verbesserung des Gesetzes, die England in den Stand setzen werde, zu sagen, was es jetzt nicht sagen könne, daß das englische Gesetz keinen des in Rede stehenden Verbrechens schuldigen Personen Schutz und Vorschub gewähre.

Der Ultra-Tory Spooner sprach mit Wärme für die Bill. Bentinck bekämpfte das Amendement. Dessen Annahme, sagt er, werde nothwendig eine von zwei Wirkungen haben. Entweder werde sie die gereizte Stimmung zwischen England und Frankreich verstärken, oder das Land in eine Lage der tiefsten Herabwürdigung versetzen, insofern es den Anschein haben werde, als fürchte man sich in England, das zu thun, was man für Recht halte. Die Bill müsse nach ihrem innern Werthe, ohne Rücksicht auf diplomatische Korrespondenz, beurtheilt werden. Seiner Ansicht nach habe Walpole die Depesche des Grafen Walewski falsch aufgefaßt. Sir R. Peel bemerke, die Rede Lord Palmerston's sei geeignet, die Aufmerksamkeit des Hauses von der wahren Frage, um die es sich handle, abzulenken, und es sei eine eigenthümliche Erscheinung, daß er eine Bill eingebracht habe, die von allen Hauptgrößen der liberalen Partei bekämpft werde. Die gegen den Flüchtling Bernard ergriffenen Maaßregeln lieferten den Beweis, daß das gegenwärtige Gesetz ausreichend sei. Unter dem Scheine einer Gesetzmodifikation habe man aus Nachgiebigkeit gegen ein fremdes Gebot dem Parlament eine Bill vorgelegt. Die Depesche des Grafen Walewski sei eines der seichtesten diplomatischen Aktenstücke, die er je gelesen habe. Die Adressen im „Moniteur“ seien veröffentlicht worden, um England einzuschüchtern und zu einer Bill gegen die Flüchtlinge zu veranlassen. Die Bill trage den Stempel der Niedrigkeit, Zahmheit und des Gefühles der Scham an der Stirn geschrieben. Gladstone bemerkte, die Depesche Walewski enthalte Behauptungen, z. B. die Behauptung, daß der Meuchelmord in England zur Doktrin erhoben worden sei und offen gepredigt werde, die vollständig unwahr und für England nachtheilig seien und denen entgegenzutreten, Pflicht der Regierung gewesen wäre. Ehe das Haus zur Gesetzgebung schreite, müsse es detaillirte Beweise vor sich haben, auf denen es fußen könne, um zu sehen, ob eine Aenderung des Gesetzes nöthig gewesen sei. Der Attorney General hob hervor, daß er es gewesen sei, der dem Kabinet diese Maaßregel vorgeschlagen habe, und zwar habe er dies gethan, ohne daß ihm die Depesche des Grafen Walewski bekannt gewesen sei. Disraeli meinte, es liege kein Widerspruch darin, wenn Jemand für die Einbringung der Bill gestimmt habe und jetzt für das Amendement stimme. Die gegenwärtige Frage liege nicht zwischen England und Frankreich, sondern zwischen dem Hause der Gemeinen und dem englischen Ministerium. Die Depesche des Grafen Walewski sei in ganz Europa bekannt. Wo sei die Antwort auf dieselbe? Wie könne der in Europa erweckende Verdacht beseitigt werden? Was habe das Land von den paar unbestimmten Worten, die der englische Minister in der Unterhaltung habe fallen lassen? Die ganze Sache sei in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Die Regierung sei verwirrt und schüchtern, ohne Würde und Selbstachtung aufgetreten. Die Depesche hätte in einem der Gelegenheit würdigen Geiste beantwortet werden müssen. Man habe eine herrliche Gelegenheit, die Grundsätze des öffentlichen Rechts klar hinzustellen, unbenutzt vorübergehen lassen. Das Haus habe jetzt die Frage zu entscheiden, ob die Diener der Krone ihre Pflicht gethan haben oder nicht. Nach einer beredten Replik Lord Palmerston's wurde zur Abstimmung über den auf die zweite Lesung der Bill abzielenden ursprünglichen Antrag geschritten. Für die zweite Lesung stimmen 215, gegen dieselbe 234 Abgeordnete. Die zweite Lesung wird folglich mit einer Majorität von 19 Stimmen verworfen. Das Amendement Gibson's wird hierauf genehmigt (s. tel. Dep. in Nr. 44). Als das Ergebniß der Abstimmung verkündigt wurde, begrüßte die Majorität die Nachricht von der Niederlage des Ministeriums mit wiederholten Beifallsrufen und Hüteschwenken.

Frankreich.

Paris, 19. Febr. [Die Verschwörungsbill und das Ministerium Palmerston.] Die Berichte, die uns aus London zukommen, sind nichts weniger als beruhigend für das Ministerium. Wie ich einem Briefe, der von einem wohlunterrichteten Manne herrührt, entnehme, schreibt ein Korrespondent der „K. Z.“, ist Lord Palmerston ernstlich bedroht. Seine Popularität ist in Folge der Bill gegen die Verschwörer stark erschüttert worden, und die Verhaftung des Hrn. Bernard hat die Stellung des Premiers nicht gebessert. Die Gegner derselben sagen nun mit Lord Brougham, Lord Campbell, Lord Lyndhurst und anderen Autoritäten des Landes, daß diese Verhaftung, die auf Grundlage der vorhandenen Gesetze vorgenommen worden ist, am besten die Nutzlosigkeit einer Veränderung darthue. Seit den Krimmtagen ist keine solche Aufregung im Lande gewesen, wie jetzt, und man vergißt über die eine Frage die Ereignisse in Indien und China. Mit der größten Spannung sieht man dem Schicksale des Antrages von Milner Gibson entgegen, und es spricht sich in bestunterrichteten Kreisen die Meinung aus, die Bill werde die Prüfung der Debatte nicht bestehen. Ich darf Ihnen aus bestunterrichteter Quelle versichern, daß Graf Persigny bei Lord Derby einen Besuch abgestattet hatte, um beim Führer der Tories zu erwirken, daß derselbe die Bill unterstütze, nachdem Lord Palmerston in wesentliche Veränderungen eingewilligt hatte. Lord Derby hat sein Bedauern ausgesprochen und seine Mitwirkung auf das Entschiedenste verweigert. Von dem Inhalte der Depesche, welche Lord Palmerston in Beantwortung der zweiten Depesche Walewskis an das Tuilerienkabinet gerichtet hat, hängt viel ab, aber die Volksthümlichkeit Lord Palmerstons wird sich von diesem Stoße nur schwer erholen. Geändert haben sich die Zeiten allerdings stark, und in den Kundgebungen der Presse und der Meetings äußert sich auch keine Spur mehr von jener Furcht vor einem Ueberfalle Seitens der Franzosen, wie während der ersten Monate nach dem Staatsstreiche. Entweder glaubt man also, Lord Palmerston habe übertrieben, indem er das Bündniß mit Frankreich als von der neuen Bill abhängig darstellte, oder man hält sich sonst gesicherter vor einem Kriege. (Daß das Ministerium Palmerston sich zurückgezogen und Lord Derby die Bildung eines neuen Ministeriums übernommen, haben wir gestern bereits telegraphisch mitgetheilt. D. Red.)

— [Tagesnotizen.] Der „Gazette de France“ zufolge hat Prinz Napoleon das Projekt einer Reise nach Egypten und Syrien aufgegeben, und soll dies dem Pascha von Egypten offiziell mitgetheilt werden. — Die Gesandten von Rußland, Oestreich und Holland sind zu Großoffizieren der Ehrenlegion ernannt. — Seit Ludwig XIV. Zeiten ist England immer bemüht, doppelt so viel Linienschiffe zu haben, als deren Frankreich besitzt. Da die kaiserl. Flotte jetzt 23 Schraubenlinienschiffe zählt, und am 1. Juni 1859 deren 30 haben wird, so hat die englische Regierung, welche deren 40 besitzt, beschlossen, diese Zahl bis 1. Juni 1859 auf 60 zu vermehren. — Die Station von Neufundland, zu deren Kommandanten der Schiffskapitän La Roucière de Noury so eben ernannt worden ist, soll zum Range einer Schiffsdivision erhoben werden. Dieser Kapitän, welcher bekanntlich auch die Reise im Polarmeere mit dem Prinzen Napoleon mitgemacht hat, ist, wie man glaubt, beauftragt, die auf den Länderaustausch zwischen Frankreich und England bezüglichen Fragen zu prüfen. Trotz der Zurückweisung des ersten Vertragsentwurfes Seitens der Legislativen oder britischen Kolonie wünschte Frankreich die Unterhandlungen wieder aufs Neue anzuknüpfen. — Das erste Generalinventarium der Diamanten, Perlen und Edelsteine der Krone Frankreichs wurde 1810 unter dem Kaiserreiche aufgestellt. Eine Revision dieses Inventariums wurde unter Ludwig XVIII. bei seiner Rückkehr von Gent vorgenommen, wohin diese Juwelen während der 100 Tage gebracht worden waren. Alle Steine und Kleinodien wurden gewogen und abgeschätzt; fand man, daß deren 61,312 im Gewichte von 18,751,732 Karat und im Werthe von 20,900,260 Fr. waren. Eine neue Vergleichung, welche durch die Hofjuweliere Bapst und Lazare in Folge des Gesetzes über die Civilliste vom 2. März 1831 vorgenommen wurde, ergab dasselbe Gewicht und gleichen Werth.

— [Der Deputirten-Eid.] Der Senatsbeschluß über den Deputirten-Eid wird heute bereits im „Moniteur“ veröffentlicht. Nach Artikel 1 dieses Beschlusses kann „Niemand zum Abgeordneten für den gesetzgebenden Körper gewählt werden, der nicht mindestens acht Tage vor Eröffnung der Abstimmung entweder in Person oder durch einen in authentischer Form beglaubigten Bevollmächtigten im Präfektursekretariate des Departements, in welchem die Wahl vor sich geht, eine von ihm unterzeichnete Schrift eingereicht hat, welche den in Art. 16 des Senatsbeschlusses vom 25. Dez. 1852 vorgeschriebenen Eid enthält.“ Das eingereichte Schriftstück darf bei Strafe der Nichtigkeit nur die folgenden Worte enthalten: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser.“ Laut Art. 2 kann der Wahlkanditat erst, nachdem er diesem Artikel genügt hat, seine Kandidatur bekannt machen, Rundschreiben anschlagen und Wahlzettel vertheilen lassen. Laut Art. 3 soll während der Dauer der Wahlhandlung ein Verzeichniß der Kandidaten, welche den Vorschriften des Art. 1 in der vorgeschriebenen Frist genügt haben, auf dem Bureau niedergelegt werden. Die Wahlzettel, welche den Namen eines Kandidaten enthalten, der den Vorschriften des Art. 1 nicht genügt hat, sind nichtig und werden bei der Stimmzählung nicht mitgerechnet, sollen jedoch dem Protokolle hinzugefügt werden.

— [Die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers über das Sicherheitsgesetz.] Gestern um 2 Uhr begann im gesetzgebenden Körper die Verhandlung über das Sicherheitsgesetz. Emil Olivier begann die Diskussion. Er sagt, er erhebe sich, um die Versammlung zu bitten, das vorgelegte Gesetz zurückzuweisen; er handle dabei in keinem Parteiinteresse, er greife Niemanden an, sondern er wolle nur einfach dem legitimen Souverän, der nach Mirabeau das „Recht“ ist, seine Ehrfurcht bezeugen. Olivier erklärt, nur für die Versammlung selbst, nicht für das Publikum zu sprechen. Er macht zuerst dem Gesetze den Vorwurf, unter einem falschen Vorwande vorgelegt worden zu sein, denn das Attentat, das die Fürsehung glücklicherweise verhindert habe, sei im Auslande ausgesponnen und von Fremden ausgeführt worden, sei also kein französisches Verbrechen. Den zweiten Vorwurf, den er dem Gesetze macht, ist, alle Prinzipien, welche die civilisirten Völker als wesentliche Grundlage der Kriminalgesetzgebung betrachten, zu verletzen. „Das Projekt“, fährt er fort, „verletzt zuerst das Prinzip der Theilung der Gewalten. Die Justiz muß immer von der Exekutivgewalt getrennt sein, wie Montesquieu lehrt, denn sonst könnte der Richter die Gewalt eines Unterdrückers haben. Das Projekt überliefert das Vermögen, die Freiheit der Bürger dreien Agenten der Exekutivgewalt. Vor diesem Tribunal neuer Art verschwinden die Formen, die man selbst bei der schnellsten Prozedur nicht unterdrücken kann. Kein Verhör, keine Konfrontation mit den Zeugen, keine Vertheidigung, keine Oeffentlichkeit. Jedes Strafgesetz muß klar und deutlich das Vergehen ausdrücken, denn sonst ist es, anstatt eine Sicherheit zu sein, eine Drohung.“ Olivier geht hierauf auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes über, um zu beweisen, wie undeutlich dasselbe ist und wie es zu allen möglichen Auslegungen Veranlassung geben kann. Zugleich erhebt er sich mit großer Energie gegen die rückwirkende Kraft, welche das Gesetz hat, wodurch alle Bedingungen der Gesetzgebung untergraben würden. Nach Olivier besitzt die Regierung hinreichend strenge Gesetze, um diejenigen, welche komplottiren, sich bei geheimen Gesellschaften betheiligen oder sich anderer derartiger Vergehen schuldig machen, zu bestrafen. Das neue Gesetz ist also, wie Olivier sagt, nur gegen die gerichtet, welche auf andere Zeiten warten. Der Redner macht hierauf auf die Folgen aufmerksam, die das neue Gesetz haben muß. Diejenigen, welche Unzufriedenheit kund gegeben, welche schlecht votirt haben u. s. w., können diesem Gesetze verfallen. Zugleich giebt dasselbe Veranlassung zu Denunziationen. Die Herren sind bedroht von ihren Dienern, die sie wegschicken, die Gläubiger von ihren Schuldnern ꝛc.; das neue Gesetz wird für alle schlechten Leidenschaften eine Waffe. „Die große Politik“, sagt Olivier dann, „muß von der Moral beherrscht werden, die kleine Politik allein kann sie verachten.“ Zum Schluß fordert er auf, daß, wie bei einem Kriege die Besiegten nicht niedergemetzelt würden, man auch bei den Parteikämpfen die Besiegten schonen müsse. Dann auf die Geschichte Englands übergehend, beweist er, daß Cromwell und seine Nachfolger gefallen sind, bis Wilhelm III. das Recht wieder eingesetzt. Derselbe habe ein festes Werk gegründet, weil ihm das stolze Volk Englands nach dreizehnjährigem Regieren den Namen des Wiederherstellers der öffentlichen Freiheiten habe geben können. Nach Olivier ergriff Granier de Cassagnac für das Projekt das Wort. Er suchte die Nothwendigkeit zu beweisen, in der sich die Kammer befinde, der Regierung Waffen in die Hände zu geben, die ihr gestatten, die Feinde der Gesellschaft auf immer unschädlich zu machen. Der Marquis de Dandelarre und Herr Pichon sprachen gegen die Annahme des Gesetzes, nach welchem Herr Baroche, Staatsrathspräsident und Regierungskommissar, zu Gunsten desselben sprach. Hierauf wurde die allgemeine Diskussion geschlossen; die der einzelnen Artikel beginnt morgen. (Wir haben das Resultat der Abstimmung — die Annahme des Gesetzes mit außerordentlicher Majorität — schon am Sonnabend telegraphisch gemeldet. D. R.)

— [Archäologie.] Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften und schönen Künste in Bordeaux hat ein archäologisches Fragebüchlein drucken lassen, das an die Beamten, Bürgermeister, Pfarrer, Lehrer und Gelehrten des Girondedepartements vertheilt wurde. Jedem, der archäologische Aufschlüsse über eine der vorgelegten Fragen liefert, wird öffentlicher Dank oder eine entsprechende Anerkennung verheißen. Dieses Unternehmen verdient Nachahmung.

— [Verfälschungen.] Aus Perigueux wird der „Indépendence Belge“ geschrieben, daß man dort sehr entrüstet über die großartigen Verfälschungen sei, welche Pariser Häuser in ihren Versendungen, besonders fürs Ausland, betreiben, indem sie sehr geschickt gute Trüffeln mit sogenannten Vesces de loup so zu mischen und überhaupt so schlau zu verfahren wüßten, daß das Publikum schändlich getäuscht würde. Die Berliner, Wiener und Petersburger Feinschmecker mögen sich, meint das genannte Blatt, vor diesen Pariser Trüffelfabrikanten hüten.

Paris, 20. Februar. [Die neuen Kabinetsmitglieder; Prinz Jerome; Polizeimaaßregeln.] General Esprit Charles Marie Espinasse, der neue Minister des Innern und der allgemeinen Sicherheit, wurde am 2. April 1815 zu Saissac im Audedepartement geboren; der eine Bruder des Generals ist Einnehmer in Partheney. Der neue Kabinetschef im Ministerium des Innern, Leopold Monty, war 1840 Geschichtsprofessor am Lyzeum zu Bordeaux und in jener Zeit Erzieher des Fräuleins Festugières, der jetzigen Frau Espinasse. Der neue Generalsekretär im Ministerium des Innern ist kaum 36 Jahre alt und zog besonders durch seine Thätigkeit im Departement der Landen zur Urbarmachung und Verbesserung des dortigen Haidebodens die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich. — Auch dem am 17. d. unter dem Vorsitze des Kaisers gehaltenen Ministerrathe wohnte, kraft seiner neuen Berechtigung, Prinz Jerome bei. — Die Provinzialblätter bringen noch fortwährend Berichte über Gastwirthschaften, welche auf Befehl der höheren Verwaltung geschlossen wurden; auch nehmen die gerichtlichen Maaßregeln gegen die Republikaner eine immer größere Ausdehnung an. Ferner ist es im Werke, Paris in zwölf Polizeiunterpräfekturen einzutheilen; doch befindet sich dieses Vorhaben bis jetzt nur noch erst im Stadium der Vorstudien. Auch mit neuen Preßmaaßregeln ist man im Ministerium des Innern beschäftigt; unter Anderem ist der Vorschlag gemacht worden, den Blättern zu gestatten, für Unterhaltung und Belehrung Beilagen auszugeben, die keinen Stempel- und Postaufschlag zu zahlen hätten. Man hofft, die Aufmerksamkeit der Massen so mehr von der Politik zu entwöhnen und für andere Dinge zu interessiren.

Schweiz.

Bern, 19. Febr. [Entrüstung über die franz. Paßplackerei.] Gegen die Paßplackerei (persönliche Stellung in Bern beim Visiren von Pässen und Wanderbüchern) hat der Bundesrath bereits in Paris Beschwerde erhoben. Die erste mündliche Anzeige davon kam ihm so unglaublich vor, daß er erst schriftliche Mittheilung erwarte. Die Blätter aller Farben brechen in lebhafte Entrüstung aus. Der radikale Winterthurer „Landbote“ meint: „Ehe die Schweiz sich diesen neuen Geßlerhut gefallen läßt, den Frankreich durch seinen Gesandten aufstellen will, sollte sie lieber dem Letzteren die Pässe zustellen.“ Die konservative „Basl. Ztg.“ findet die Maaßregel doppelt unzeitig in einer Zeit allgemeiner Reiseerleichterung. „Oder könnte etwa gar Frankreich daran denken, sich gleich Rußland von fremden Ländern abzuschließen?“ Die liberal-konservative „Eidg. Ztg.“ hält dafür, es sei schon an den 5 Fr. für jedes Paßvisum mehr als genug. Den Beweggrund zu der gegen die unschuldige Schweiz ergriffenen Ausnahmemaaßregel sucht sie in dem Wunsche die öffentliche Meinung gegen die Flüchtlinge als Urheber alles Uebels zu erbittern und eine allgemeine Verjagung über's Meer zu erwirken. Das werde und könne aber nicht gelingen, so wenig Sympathie man auch für die Flüchtlinge habe; eine so „chikanöse und beleidigende“ Maaßregel habe die Schweiz für ihren guten Willen nicht verdient. Sehr tröstreich für diese Chikane erscheint folgende Nachricht der „Neuen Zürch. Z.“: „Von dem Kaiser der Franzosen ist ein Dankschreiben für die Beglückwünschung angelangt und die Zufriedenheitserklärung mit den Vorkehrungen in Betreff der Flüchtlinge.“

Italien.

Rom, 11. Febr. [Karnevalsfreuden.] Der Karneval wird vom Wetter nicht begünstigt; Regen, nichts als Regen! Der Korso ist fast leer von Masken und Zuschauern. Die unaufhörlichen Regenschauer bei Tag und Nacht begünstigten dagegen eine Diebesbande in der Ausführung eines kecken Planes; denn in der vorgestrigen Nacht erbrach sie mit bewaffneter Hand vom Vicolo del Pavone aus die Bank San Spirito, und entwendete, laut eines heutigen Cirkulars der Polizei, 4000 Scudi in Schatzbons; außerdem eine nicht unerhebliche Summe, welche den Beamten zugehörte. Die Diebe sind noch nicht entdeckt. Auch vier Festini mit Gesichtsmasken sind gestattet, auf denen die Römer die hier anwesenden allerhöchsten Personen in ihrer Mitte zu sehen hoffen.

— 13. Februar. [Protokolle des Tridentiner Konzils; Lucian Bonaparte; badische Bevollmächtigte.] Vor wenigen Monaten hörte man, daß Pater Theiner den Auftrag habe, eine vollständige und genaue Sammlung des Tridentiner Konzils zu besorgen. Der Papst hatte schon eine große Summe für dies Unternehmen ausgesetzt. Auch aus Deutschland wie aus andern Ländern waren von den Bischöfen ansehnliche Summen zu demselben Zweck eingesandt. Vor 14 Tagen soll aber der Befehl erlassen sein, Alles einzustellen, und wahrscheinlich ist die Unternehmung aufgegeben. Man hat gefürchtet, daß eine vollständige Sammlung der Protokolle und aller andern Urkunden zu gefährlichen Diskussionen Anlaß geben würde. — Monsignor Lucian Bonaparte ist zum prelato domestico ernannt worden. — Die Unterhandlungen des päpstlichen Stuhles mit der Regierung von Baden erlitten eine lange Unterbrechung. Der neue Bevollmächtigte, Frhr. v. Berkheim, wurde dem Vernehmen nach von der Abreise nach Rom durch die Erkrankung seines Begleiters, des jüngern Hrn. Dr. Roßhirt, zurückgehalten. Von glaubwürdiger Seite hört man, die Regierung von Baden habe beschlossen, auch noch den Sohn des dahingeschiedenen Staatsrathes Dr. Brunner dieser diplomatischen Mission beizugeben.

Turin, 15. Febr. [Eisenbahnunfall; strenger Winter.] Zwischen den Eisenbahnzügen von Turin und Coni fand ein Zusammenstoß statt, wobei eine Lokomotive umgeworfen, mehrere Wagen beschädigt und 4 Reisende schwer verwundet wurden. — Aus Palermo vom 25. Jan. wird gemeldet, daß sehr starker Schnee fiel. Seit 1828 ereignete es sich nicht, daß eine weiße Hülle Gebäude und Felder deckt. In Piemont herrscht große Kälte. In Ferrara ist der Po, in Alessandria sind der Tanaro und die Bormida zugefroren. Das Thermometer sank 2 Grad unter Null, während es in Neapel nur 3 Grad R. über Null steht.

— 16. Febr. [Der Prozeß zu Genua] schreitet langsam vorwärts. Einiges Interesse bot erst wieder die Verhandlung vom 10. In derselben wurden zwei Angeklagte, Demartini und Bisso, vernommen, welche beide in einem Boote auf dem Lago maggiore verhaftet worden waren. Ersterer hatte die Magazine gemiethet, in denen die Waffen und Pulvervorräthe vorgefunden wurden, und bei Bisso hatte man im Futter seines Rockes einen Brief von Mazzini eingenäht gefunden. Demartini erklärt, daß er die erwähnten Magazine im Auftrage des Kontumazialangeklagten Angelo Mangini gemiethet habe, und Bisso kann sich nicht erinnern, auf welche Art der Brief in seinen Rock gekommen ist. Interesse erregte auch die Vorlesung einer Aussage des 80jährigen Giuseppe Travero, welcher Zeuge als ein alter Freund der Mazzinischen Familie erklärt, daß er sich schon seit dem Jahre 1830 vergeblich bemühe, den exaltirten Geist seines jungen Freundes Giuseppe Mazzini im Zaum zu halten, und daß er demselben oft prophezeit habe, er werde noch im Narrenthurm enden. Noch einige Monate vor dem 29. Juni war er mit Mazzini zusammengetroffen und habe seine Warnung erneut, dieser habe aber nicht auf ihn hören wollen und ausgerufen: „Und doch wird es gehen!“

— 18. Febr. [Der neue Gesetzentwurf], der den Kammern von der Regierung vorgelegt ist, bestimmt auf Verschwörungen zum Zweck eines Attentats auf das Leben fremder Souveräne als Maximum der Strafe zehn Jahre Zwangsarbeit. Die Apologie des politischen Mordes wird mit Gefängniß von 3 Monaten bis auf ein Jahr bestraft. Am Preßgesetz sollen außerdem mehrere Veränderungen vorgenommen werden.

— [Verhaftungen und Beschlagnahme.] Laut Berichten sind in Genua neuerdings ein Engländer und mehrere Romagnolen verhaftet worden. Das in derselben Stadt erscheinende mazzinistische Blatt „L'Italia del Popolo“ ward fast täglich mit Beschlag belegt, und sein Gerant sitzt im Gefängniß.

Spanien.

Madrid, 19. Februar. [Tel. Dep.] Die Ausschüsse, beauftragt, das Budget für 1858 und die anderen Regierungsvorlagen zu prüfen, sind alle dem Kabinette günstig.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Febr. [Zollgesetzentwurf.] In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde beschlossen, den Zollgesetzentwurf vor der ersten Behandlung an einen Ausschuß zu verweisen. (H. N.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 19. Febr. [Befestigung von Stockholm.] In heutiger Sitzung der Ständeversammlung wurden 100,000 Reichsthaler jährlich bewilligt, welche zu vorbereitenden Arbeiten verwendet werden sollen, um Stockholm mit Befestigungen zu versehen. Gleichzeitig wurde der Regierung anheim gegeben, dem nächsten Reichstage ein Weiteres in dieser Angelegenheit vorzulegen.

Türkei.

Konstantinopel, 13. Februar. [Telegr. Dep.] Hier herrscht noch immer große Kälte und Schnee. — In Folge höherer Anordnungen sind zwei Millionen Okka Kohlen auf dem Wege nach der Hauptstadt. — Das Verbot des Waffentragens wurde neuerdings eingeschärft. — Eine Fechtschule ist errichtet worden. — Der russische Konsul in Trapezunt ist zum Generalkonsul in Janina ernannt worden.

— [Paßordnung nach Cirkassien; der neapolitanische Gesandte.] Dem „Pays“ wird gemeldet, daß der Großvezier Ali Pascha dem Statthalter von Trapezunt verboten hatte, den türkischen Kapitäns Pässe nach anderen Punkten der tscherkessischen Küste, als nach Anapa, Redut-Kaleh und Suchum-Kaleh, zu ertheilen. — Auf einem von Herrn v. Thouvenel gegebenen diplomatischen Diner bemerkte man die Anwesenheit des hiesigen neapolitanischen Gesandten.

Jerusalem, 13. Jan. [Eine neue katholische Stiftung.] Der Katholizismus gewinnt seinen Gegnern im heiligen Lande, der griechischen Kirche und dem Mohamedanismus nur mit Mühe einen Fuß Landes nach dem andern ab; aber er sieht doch seinen hartnäckigen Kampf von Zeit zu Zeit durch einzelne Erfolge belohnt. So wird jetzt dem „Univers“ von einem neuen kleinen Triumph berichtet. Klein freilich nur dem Terrain nach, das man gewonnen hat, aber bedeutend in den Augen der Gläubigen, für die sich an dies Stück Land rührende Erinnerungen knüpfen. Der frühere Jude Alphons Marie Ratisbonne, dessen Konversion vor einigen Jahren so viel Aufsehen erregte, hat nämlich einen Theil vom Prätorium des Pilatus käuflich erworben, um daselbst eine religiöse Stiftung für die „Töchter Zions“, deren Gründer er mit seinem Bruder ist, zu errichten. Mit der Genehmigung des Papstes haben sich nämlich vor 20 Monaten sieben jener Religiösen in Jerusalem niedergelassen, um mehr mit Hülfe des Gebets, als durch eine propagandistische Praxis, auf die Bekehrung der Juden einzuwirken. Außerdem haben jene „Töchter Zions“ ihre Sorgfalt sieben bis acht Waisen gewidmet, die sie in einem gemietheten Hause erziehen. Auf dem von Herrn Ratisbonne erworbenen Terrain, welches auch die „Arkade des Ecce-Homo“ heißt, weil hier der Erlöser nach seiner Geißelung durch Pilatus den Juden vorgestellt wurde, soll nun für jene weiblichen Religiösen ein Gebäude errichtet werden.

— [Türkischer Fanatismus.] Man schreibt aus Jerusalem: Leider wird die hier aufs Neue entstandene fanatische Aufregung unter den Muselmännern (in Folge der anfänglichen Siege der Mohamedaner und Hindus in Indien) die Wirksamkeit der Diakonissenanstalt, des Bischofs Gobat und der anderen Missionen wieder sehr hemmen und erschweren. Eine Folge dieses Fanatismus ist die furchtbare Schandthat, welche in Jaffa in der letzten Zeit an einem preußischen Unterthan, Friedrich Großsteinbeck, und seiner Familie von sechs Arabern begangen worden ist. Ohne alle Veranlassung ermordeten sie den Mann vor der Thür seines Gartens, und mißhandelten darauf im Garten seine Frau, Schwiegermutter und Schwiegervater aufs Scheußlichste. Sie waren nicht gekommen, um zu stehlen, sondern nur, um größere Schandthaten zu verüben, nach der Weise, wie ihre Glaubensgenossen in Indien. Der Pascha ist am Untersuchen, in Folge der Anregung von Seiten der Konsuln. Wenn die That nicht ernstlich bestraft wird, so fürchten die Christen in Jerusalem, daß ähnliche Gräulscenen auch bei ihnen geschehen werden.

Smyrna, 13. Februar. [Tagesbericht.] Der neue griechische Erzbischof Chrysanthe ist von Konstantinopel, und der neue französische Generalkonsul Mure de Pelanne von Marseille hier angekommen. — Im Innern des Landes hat der harte Winter sehr nachtheilig auf die Orangenbäume und andere Fruchtarten gewirkt.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 12. Februar. [In der Proklamation des neuen Ministers des Innern], Alexander Balsch, an die Distriktsverwaltungen wird diesen besonders anempfohlen, die gegenseitigen Verhältnisse der Eigenthümer und der bäuerlichen Bevölkerung wohl ins Auge zu fassen und darauf zu achten, daß beide Theile ihren Pflichten nach den Gesetzen nachkommen, die in Kraft ständen, bis ein neuer Zustand der Dinge anders verfügt haben werde, außerdem aber in allen etwaigen Streitfällen Unparteilichkeit zu beweisen.

Asien.

Ostindien. — [Offizielle Depeschen und Privatnachrichten.] In einer Beilage zur „London Gazette“ ist wieder eine Reihe offizieller Depeschen über die Operationen zum Entsatz von Lucknow veröffentlicht, die durch Havelock und Outram geleitet worden waren und die Besatzung in den Stand gesetzt hatten, bis zur Ankunft Sir Colin Campbells auszuhalten. Die Hauptmomente jener denkwürdigen Epoche sind aus früheren Privat- und offiziellen Mittheilungen sattsam bekannt. Ausführlicher sind in den jetzt veröffentlichten nur die Minenarbeiten der Belagerer und Belagerten beschrieben, und von beiden Seiten scheinen die Ingenieure mit eben so viel Ausdauer wie Geschick ihre Arbeiten ausgeführt zu haben. Eine zweite Reihe von Aktenstücken, die sich ebenfalls auf Indien beziehen, ist dem Parlamente vorgelegt worden. Sie liefern den Beweis, daß Lord Dalhousie vom Jahre 1848 bis gegen Ende seiner Verwaltungsperiode zu wiederholten Malen darauf gedrungen hatte, die britische Armee in Indien zu vermehren. Während des Krieges gegen Rußland namentlich hatte er der Regierung sehr dringende Warnungen, kein Regiment aus Indien abzurufen, zukommen lassen, und darauf aufmerksam gemacht, daß Indien zu nahe an gewisse Reiche grenze, in denen Rußland Einfluß besitze, als daß es rathsam wäre, es gleich Kanada oder einer entlegenen Kolonie von Truppen zu entblößen. Die „Times“ bringt einige Auszüge aus indischen Zeitungen, die ihr Korrespondent aus Malta eingesandt hat. Sie enthalten jedoch sehr wenig Interessantes. Die „Bombay Overland Times“ vom 24. Januar schätzt die Zahl der Rebellen, welche am 12. Januar den Alumbagh anzugreifen suchten, auf 30,000 Mann, und den Verlust derselben auf 400. Nach Briefen aus dem Alumbagh an die „Bombay Times“ feuern die Rebellen den ganzen Tag mit Paßkugeln nach dem Alumbagh, ohne einen nennenswerthen Schaden zu thun. Die „Bombay Times“ ist auch der Ansicht, daß das Doab vollkommen gesäubert sei, und daß die Operationen gegen Lucknow und Audh unverzüglich beginnen würden. Sir Colin Campbell habe 10,000 — 12,000 Mann zur Verfügung, was mit Dschung Bahadur's 10,000 Gurkas eine hinlängliche Angriffsmacht bilde, obgleich man die Zahl der in und um Lucknow stehenden Rebellen auf 100,000 Mann veranschlage und dieselben wahrscheinlich sich verzweifelt wehren dürften. — Seit der vorigen Post sind nur zwei Regimenter aus England gekommen. Die „Bombay Times“ meldet, daß zwei eingeborene Häuptlinge in Delhi hingerichtet worden, desgleichen 55 in Gargaon, wovon 35 Mitglieder der k. Familie.

Amerika.

Newyork, 4. Febr. [Kansasangelegenheit; Kommodore Paulding; Utah.] Im Senate zu Washington ist die Debatte über die Botschaft des Präsidenten in Bezug auf Kansas vertagt worden. — Das Repräsentantenhaus hat den Bericht des Ausschusses erhalten, welcher ernannt worden war, um sein Gutachten über das Benehmen des Kommodore Paulding, welcher bekanntlich Walker und dessen Genossen in Nicaragua gefangen genommen hatte, abzugeben. Die Mehrzahl des Ausschusses erklärt sein Verhalten für einen schweren Mißgriff, welcher von Seiten des Kongresses gerügt zu werden verdiene. Der Gegenstand ward dem Ausschusse des ganzen Hauses überwiesen. — Aus dem Hauptquartier des Heeres in Utah sind Nachrichten vom 18. Jan. eingetroffen. Brigham Young hatte im Tabernakel wiederum eine kriegerische Predigt gehalten und die Heiligen aufgefordert, ihn nicht im Stiche zu lassen. Oberst Johnston erwartete, daß seine Truppen im Frühling mit den Mormonen zu kämpfen haben würden.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

In der Sonnabendsitzung wird sofort in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Berathung der Verordnung wegen Suspension der Zinsbeschränkungen eingetreten. Der erste Redner ist Abg. Berend-Danzig. Derselbe entwickelt die Gründe für die Aufhebung der Zinsbeschränkung und tritt den Argumenten des Abgeordneten Reichensperger entgegen, indem er dessen Berufung auf das Beispiel anderer Länder nicht anerkennt und als unbegründet bezeichnet. Er sucht auszuführen, daß die bestehenden Kreditverhältnisse eine definitive Aufhebung der Wuchergesetze nothwendig machten, wenn man auch vielfache Gründe zum Schutze des Personal- und Realkredits geltend mache. Die Abgg. Osterrath und Lemonius ergreifen hierauf das Wort, sind indessen wegen der im Hause herrschenden Unruhe gar nicht zu verstehen. Der Letztere verliest einige Anträge, von denen nur zu vernehmen ist, daß er eine Verlängerung der Suspension der Zinsbeschränkungen auf mindestens noch ein Jahr wünscht. Nachdem der Redner geendet, erklärt der Präsident, daß nur einer dieser Anträge zu der vorliegenden Sache gehöre, während die andern Anträge zunächst noch einer Vorprüfung in der Kommission bedürften. Der erste Antrag lautet: „Die Aufforderung an die Staats-Regierung zu richten, daß der Verordnung wegen Suspension der Zinsbeschränkungen eine längere Wirkung, wenigstens auf ein Jahr zuerkannt werde, um vorbereitend zu einem späteren Beschlusse über die Aufhebung oder das Fortbestehen der Suspension eine reiflichere Erfahrung für oder wider zu sammeln.“ Der Antrag erhält nicht die ausreichende Unterstützung.

Abg. v. Wedell behauptet, daß das Land von der Furcht ergriffen sei, es sei die Maaßregel nur eine Vorbereitung zu einer definitiven Suspension der Zinsbeschränkungen. Wenn auch Berichte von Behörden und Korporationen eingefordert seien, der Grundbesitzer, der ebenfalls bedeutend betheiligt sei, sei nicht gefragt worden. Er wolle der gelehrten Deduktion des Abgeordneten für Berlin nicht folgen, berufe sich aber auf die klare und treffliche Auseinandersetzung des Abgeordneten für Mayen. Die Zinsbeschränkungen hätten unsere ganzen Kreditverhältnisse geordnet und geregelt und nur der Leichtsinn unserer Zeit oder eine ganz falsche Theorie könne daran denken, an dem seit Jahrhunderten bestehenden Rechte rütteln zu wollen. Gebe das Haus der Verordnung nur seine Zustimmung ohne jede weitere Bemerkung, so müsse das Land glauben, daß man auch für die definitive Aufhebung der Wuchergesetze sei, während die Resolution nur ausdrücken solle, daß das Haus noch sehr erhebliche Bedenken gegen diese Aufhebung habe.

Abg. Berndt-Schlochau: Er gehöre zu Denen, welche mit voller Freude für die Verordnung stimmen, nicht bloß weil sie segensreich gewirkt habe, sondern weil sie einen von ihm gebilligten Prinzipe Geltung verschaffe. Der Redner erinnert an die Zeit der Erfindungen der Eisenbahnen und Dampfschiffe 2c., die mit großem Geschrei aufgenommen und deren Erfinder Projektenmacher genannt wurden, ohne daß man an den späteren Erfolg derselben gedacht hätte. Wenn man hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung Zweifel angeregt habe, so gebe er zu bedenken, daß es Dinge von solcher Notorietät gebe, über welche es müssig sei, irgend ein Wort zu verlieren. Zu diesen Dingen gehöre die Krisis, welche die Verordnung hervorgerufen. Es sei Irrthum, wenn man behaupte, daß die Krisis nur Schwindler und Wechselreiter betroffen hätte. Er gehöre nicht zu Denen, welche dergleichen Leute bedauern, aber er habe auch die Augen aufbehalten für die Noth und den Sturz der reellen Leute, Fabrikanten u. s. w. Man sei deshalb der Regierung Dank schuldig, daß sie nicht erst den Landtag zusammenberufen habe, um die Verordnung zu erlassen, da während der Zeit unersetzliche Verluste eingetreten sein würden. Der Regierung stehe auch das Beispiel anderer Länder zur Seite, z. B. Bayern, Oldenburg, Sachsen-Weimar u. s. w., wo man sich mit der Modifikation der Wuchergesetze beschäftige, Holland 2c., wo man mit der gänzlichen Aufhebung der Wuchergesetze beschäftigt sei, und endlich das Urtheil des Kaisers von Frankreich, der sich selbst entschieden für die Aufhebung ausgesprochen habe. Man habe gestern eine Rede gehört, deren oratorischer Glanz betäuben mußte; es seien herrliche Leuchtkugeln geworfen worden, Philosophen und Dichter zitirt, aber es scheine, als ob dieselben auf die realen Zustände der Welt schlecht anzuwenden seien. Er habe auch gefunden, daß die Leuchtkugeln bald in Nacht und Schatten versanken, wie es ihre Natur sei. Mit der Aufhebung der Wuchergesetze würde allerdings der Wucher abnehmen, da eine größere Konkurrenz der Kapitalisten eintreten würde und der Geldsucher nicht genöthigt wäre, sich stets an den Einen zu wenden. Abg. Reichensperger habe gestern angeführt, daß die englische Regierung vor einigen Jahren eine Anleihe von 8 Millionen Pfd. zur Drainage des Grundbesitzes aufgenommen habe, das aber spreche eben für seine, des Redners Ansicht, da damals die Wuchergesetze in England noch nicht aufgehoben gewesen seien. Der Redner bezeichnet schließlich die Verordnung für den Antrag der Sittlichkeit, den Durchbruch des sitlichen Prinzips und bittet um Annahme derselben und Verwerfung der Resolutionen.

Die Debatte wird um 3 Uhr vertagt, nachdem vorher ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion abgelehnt ist.

Abg. v. Gerlach: Er nehme für die Genehmigung der Verordnung das Wort und gerathe dadurch mit vielen seiner politischen Freunde, namentlich auch mit dem Berichterstatter, in Widerspruch. Es gehe ihm dabei, wie es gestern dem Abgeordneten für Mayen ergangen, und befinde er sich auf demselben unglücklichen Standpunkt, wie jener, nur daß er nicht solche derbe Natur besitze. Was nun die Reflexionen über die Verfassung und die Stellung der Partei, zu welcher er gehöre, zu derselben betreffe, so behaupte er, daß gerade diese die Stütze derselben gewesen. Niemals habe man die Beschränkung einer soliden Landesvertretung beabsichtigt, nur gegen die Revolution und deren Ausfluß seien die Bestrebungen gerichtet gewesen, und könne er behaupten, daß man die Existenz der Rednertribunen lediglich diesen Bestrebungen verdanke. (Heiterkeit.) Was nun die vorliegende Angelegenheit betreffe, so spreche er der Regierung für das, was sie in dieser Sache gethan, seinen Dank aus, noch mehr aber für das, was sie nicht gethan. Er könne die Verordnung keineswegs für so unmotivirt erachten, wie viele seiner Freunde, es seien vielmehr viele scharfe Motive für dieselbe vorhanden gewesen. Die Zinsbeschränkungen standen zur Zeit der Kalamität vielen reellen Geschäften entgegen; habe man von verletztem Rechtsbewußtsein gesprochen, so weise er darauf hin, daß der Wucher überhaupt gar nicht strafbar sei, daß die einzige Folge desselben nur eine civilrechtliche sei, und zwar die, daß die zuviel geforderten Zinsen verloren gingen. Nur die Verschleierung des Wuchers, und zwar seit dem Jahre 1851 die gewerbsmäßige Verschleierung, sei strafbar. Allerdings wäre die Suspension der Zinsbeschränkungen nicht nöthig gewesen; man hätte vielmehr auf anderem Wege dasselbe erreichen können, nämlich dadurch, daß man den gesetzlichen Zinsfuß erhöhte, vielleicht auf 10 oder 12 Prozent. Würde, was nicht vorauszusehen sei, die Verordnung nicht genehmigt, so würde die Folge derart sein, als ob dieselbe gar nicht erlassen wäre, es würde daraus aber nicht folgen, daß die inzwischen auf Grund derselben geschlossenen Geschäfte Gültigkeit hätten, denn Jeder

(Fortsetzung in der Beilage.)

müßte wissen, daß es sich um eine oktroyirte Verordnung handle. Aus diesem Grunde dürfe man der Verordnung die Genehmigung nicht versagen. Er erkläre sich deshalb für die Genehmigung der Verordnung, wie auch der Resolution, und bemerke, daß diese durchaus nicht so betrachtet werden dürfe, als ob sie gegen die Regierung gerichtet sei, denn diese habe ja selbst die Absicht, die Zinsbeschränkungen gänzlich aufzuheben, schon jetzt entschieden desavouirt. Nicht den Grundbesitz, nicht das Kapital, nicht Spekulanten, nicht Schwindler berühre die Zinsbeschränkung, die Aufhebung derselben würde die Ereignisse nicht verhütet haben, wohl aber sei die Beschränkung ein bedeutender polizeilicher Schutz der Schwachen, der kleinen Leute, der niedern Stände überhaupt, gegen die Uebervortheilung durch den Wucher; und dies habe man auch in England anerkannt, denn man sei zuletzt dahin gekommen, das Wuchergesetz daselbst hinsichtlich der kleinen Schulden bestehen zu lassen. Die Annahme der Resolution empfehle er auch deshalb, weil er hoffe, daß diese und die gestrigen und heutigen Debatten schützen werden vor unüberlegten Beschlüssen. (Bravo.)

Abg. Harkort beginnt mit einem Dank gegen den Vorredner für die Erhaltung der Tribune. Er führt demnächst aus, daß der Wucher gerade von den großen Herren ausgehe, und daß auch hier das Sprüchwort zur Wahrheit werde, daß man die kleinen Diebe hänge, die großen aber laufen lasse. Wenn in einem Dorfe, sagt der Redner, vier Familien in einer Stube zusammen wohnen müssen, so sei dies nicht eine Folge des Wuchers, sondern eine Sünde der höheren Klassen gegen die unteren. (Eine einzelne Stimme links ruft: Bravo — Heiterkeit.) Der Redner befürwortet darauf Schutz der Assoziation, Verbesserung der Schule u. dgl. m., wodurch der Wucher sich von selbst begraben werde.

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Diskussion wird gestellt. Die Rednerliste ergiebt noch 8 Redner, von denen einer für die Kommission, sieben gegen dieselbe sprechen wollen. Der Schluß wird abgelehnt, die Vertagung der Debatte dagegen angenommen.

☾ Berlin, 22. Februar. In der heutigen Sitzung, die von Vormittags 11 Uhr bis 3¼ Uhr Nachmittags dauerte, wurde die Berathung über die Suspension der Wuchergesetze fortgesetzt und zu Ende geführt. Die Abgg. Fritze, Graf v. Pfeil-Neurode, der auch einen Entwurf zu einem Kreditinstitut für die Rustikalbesitzer der sechs östlichen Provinzen eingereicht hat, sprachen sich meist für die Resolution aus, der Abg. Strohn dagegen empfahl die Verwerfung der Resolution und die Genehmigung der Verordnung. Nachdem noch der Handelsminister in einer längeren Rede die Verordnung in Schutz genommen hatte, wurde die Debatte geschlossen, und die Versammlung ertheilte durch Aufstehen der Verordnung fast in ihrer ganzen Gesammtheit ihre Genehmigung. Nur Einzelne blieben sitzen und unter ihnen bemerkte ich den Abgeordneten v. Klützow. Die vom Herrenhause beschlossene Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 125 Stimmen verworfen. Dasselbe Loos hatte folgender Verbesserungsantrag des Abg. Nathusius: „Das Haus der Abgeordneten verwahrt sich dagegen, daß aus der Genehmigung der Verordnung abgeleitet werde, als werde dadurch irgendwie der Beurtheilung der erheblichen Bedenken präjudizirt, welche einer definitiven Aufhebung der Zinsbeschränkungen entgegenstehen." Dagegen wurde mit 180 gegen 106 Stimmen angenommen der Antrag des Abg. Reichensperger-Mayen: „Das Haus der Abgeordneten wolle folgende Resolution beschließen: das Haus der Abgeordneten erklärt, daß aus der Genehmigung der Verordnung nicht abzuleiten sei, als werde dadurch der Beurtheilung der erheblichen Bedenken präjudizirt, welche einer definitiven Aufhebung der Zinsbeschränkungen entgegenstehen." Der Verhandlung wohnte bis zu ihrem Schlusse eine zahlreiche Zuhörerschaft bei, die aber in ihrem großen Theile ein anderes Resultat erwartet zu haben schien. Nächste Sitzung am Freitag.

Lokales und Provinzielles.

S Posen, 23. Febr. [Die vierte Symphonie-Soirée] findet bekanntlich morgen Abend im Kasinosaale statt. Das wiederum sehr wohlgewählte Programm trägt diesmal einen vorzugsweise anmuthigen Charakter. Alles, was man, dem größern musikliebenden Publikum gegenüber, wohl als schwer verständlich zu bezeichnen pflegt, bleibt diesmal ausgeschlossen. Es sind die alten wohlbekannten, geliebten und verehrten Namen Mendelssohn, Haydn, Beethoven (und Letzterer auch in seiner ersten Symphonie, auf welche das bekannte ex ungue leonem vollständige Anwendung leidet), die uns entgegentreten. Und doch bietet die Soirée wesentlich Neues, einen Versuch, der allerdings in Berlin u. a. O. schon, wie wir selber gern bezeugen, mit großem Erfolg gemacht worden: nämlich die Ausführung der schönen Haydn'schen Variationen über „Gott erhalte Franz den Kaiser", bekanntlich ursprünglich für einfaches Quartett geschrieben, durch das volle Saitenorchester. Das ist so interessant, daß schon deshalb die Musikfreunde sich gewiß recht zahlreich einfinden würden.

Aber unserer wackerer Dirigent Kambach bietet ihnen ausnahmsweise noch einen andern, hier sehr seltenen Genuß. Es ist ihm nämlich gelungen, den zur Zeit hier anwesenden k. sächs. Kammermusikus Moritz Fürstenau aus Dresden, den aus der anerkannt trefflichen künstlerischen Schule seines weltberühmten Vaters hervorgegangenen Flötisten, den würdigen Nachfolger desselben in der Dresdener Kapelle, für den Vortrag eines Konzertstücks (wie wir hören: „Introduktion und Variationen über Motive aus Norma, von A. B. Fürstenau") zu gewinnen, und der junge Künstler, dem wir dafür sehr dankbar zu sein Ursache haben, hat mit freundlichster Bereitwilligkeit diesem Wunsche entsprochen. Wir dürfen überdies annehmen, daß die ausübenden Künstler diesmal auf die Ausführung zwiefachen Fleiß wenden werden, da die zu erhoffende Gegenwart einer so bedeutenden Künstlerin, wie Frau Jenny Lind-Goldschmidt, schon an und für sich geeignet ist, den künstlerischen Ehrgeiz zu wecken und zu heben.

‡ Aus dem Kreise Krotoschin, 22. Febr. [Unglücksfall.] Am 15. Febr. c. begab sich der Pflegesohn des Försters Plewko, J. Göbel, nach dem Wirthshause zu Siedmiorogowo-Hauland, um hier an einem Tanzvergnügen sich zu betheiligen. Später kam Plewko nach, ging aber früher nach Hause als sein Pflegesohn. Tages darauf kam zu Plewko der Tagelöhner Greilich und theilte ihm mit, daß Göbel todt auf dem nach Gostyn führenden Wege liege. Da in dem Graben, in dem der Todte lag, eine ziemlich große Blutlache war, und über dem rechten Auge in der Nähe der Schläfe an der Leiche eine offene Wunde, aus welcher noch Blut quoll, zu sehen war, so mußte die Gerichtskommission, welche am 17. d. die Leichenschau abhielt, auf die Vermuthung kommen, daß der Tod durch einen Dritten herbeigeführt sei, und ordnete deshalb für den 20. d. die Sektion der Leiche an. Das Gutachten der Sachverständigen lautete aber dahin, daß G. am Schlagflusse, welcher vorzugsweise von den Lungen ausgegangen, gestorben. Die Ursachen seines Todes liegen theilweise in der großen Kälte (14° R.), theilweise in dem Mangel genossener Nahrungsstoffe und in dem übermäßigen Genusse von Branntwein.

Π Pleschen, 22. Febr. [Sammlungen; Todesfall.] Das hiesige Landrathsamt macht bekannt, daß die k. Regierung zu Posen auf Antrag des Rabbiners M. Salomon aus Jerusalem die Bildung eines Komitée's Behufs Sammlung von Beiträgen zum Bau eines jüdischen Gotteshauses in Jerusalem (s. Nr. 32) unter den jüdischen Bewohnern des Regierungsbezirks Posen unter genauer Beachtung der desfallsigen Vorschriften der Ortspolizeibehörden gestattet hat. — Für die durch die Pulverexplosion Verunglückten in Mainz sind in unserem Kreise aus Mieszkow, Jarocin, Kotlin, Pleschen, Sobotka, Neustadt a. d. W. und Góra zusammen 16 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. eingekommen. — Am 18. d. wurde in der Nähe unserer Stadt ein Frauenzimmer todt an einem Zaune liegend gefunden. Spuren einer gewaltsamen Tödtung sind nicht vorhanden, und man muß annehmen, daß sie erfroren sei.

§ Rawicz, 22. Febr. [Autodafé.] Der diesmalige Aschermittwoch war für die hiesige Strafanstalt von großer Bedeutung. Eine nicht unbeträchtliche Zahl der katholischen Gefangenen hatte sich vor dem Amtsantritte des gegenwärtigen katholischen Geistlichen der Anstalt Bibeln und Erbauungsbücher aus den Ersparnissen ihres Nebenverdienstes mit Genehmigung der Direktion angeschafft. Am verflossenen Aschermittwoch ward der Geistliche, Namens Zingler, während des Religionsunterrichtes vom religiösen Eifer dergestalt hingerissen, daß er die erwähnten Bücher den Flammen des Ofens preisgab. Die k. Regierung, der von diesem, hier natürlich das Tagesgespräch bildenden Vorfall, unter Einreichung eines dem Feuer entrissenen Corpus delicti, amtlicher Bericht erstattet war, hatte einen Kommissarius in der Person des Regierungsassessors Hahn zur Feststellung des Thatbestandes resp. zur weiteren Veranlassung hierhergeschickt, der am 20. d. hier eintraf. Daß die Anzeige, als so unwahrscheinlich man auch das Sachverhältniß Seitens einer gewissen Partei darzustellen sich bemüht, sich als faktisch wahr erwiesen haben muß, dafür bürgt der Umstand, daß seit vorgestern Nachmittag der betr. Klerikus von seinem Amte suspendirt worden ist. Daß jedoch das Verfahren desselben den heftigsten Unwillen der seiner geistigen Pflege anvertrauten Gefangenen hervorgerufen habe, und daß mit letzteren die evangelischen und jüdischen Mißvergnügten in der Anstalt Partei genommen, so daß gegen deren Ausbrüche leidenschaftlicher Erregtheit disziplinarisch habe eingeschritten werden müssen, das gehört zu den hier vielfach zirkulirenden Gerüchten, für deren Glaubwürdigkeit ich jedoch nicht einzustehen vermag. (Wir sollten meinen, darüber wäre an Ort und Stelle selbst sehr leicht Gewißheit zu erlangen gewesen. D. Red.)

r Wollstein, 22. Febr. [Population; Verurtheilungen; Straßenraub.] Als Beleg, wie günstig billige Jahre auf die Population wirken, mag folgender Umstand gelten. Während im Jahre 1856 im hiesigen Kreise nur etwas über 1800 Geburten vorkamen, fanden deren 1857 über 2100 statt. Hingegen starben im Jahre 1856 nahe an 1600 Personen, während 1857 nur 1570 (doch auch nicht viel weniger! D. R.) Todesfälle vorkamen. — Trotzdem es, bei niedrigen Lebensmittelpreisen, nirgend an Arbeit fehlt, werden hier dennoch in neuester Zeit fast täglich Personen wegen Betteln und Landstreichens vom Polizeirichter zu Gefängnißstrafen verurtheilt. Hierbei kommt es nicht selten vor, daß die Inkulpaten, vom Richter befragt, ob sie sich bei dem Strafmaaße beruhigen wollen, mit der heitersten Miene antworten, es sei ihnen ganz genehm, die kalte Jahreszeit im warmen Gefängnisse zuzubringen. (!!) — Am 2. d. wurde der Sohn eines Eigenthümers aus Wieskoer-Hauland auf einem Fußsteige unweit Paprotsch von einem Manne angefallen und seiner Baarschaft beraubt. Den polizeilichen Recherchen ist es endlich gelungen, den Straßenräuber in der Person des Wirthschafters L. zu ermitteln und denselben hierher zur Haft zu bringen.

Angekommene Fremde.

Vom 23. Februar.

HOTEL DU NORD. Gutsbes. v. Kozmian aus Przyleski, Landwirth Plewkiewicz aus Niemarzyn; die Kaufleute Freund und Wrigth aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsp. v. Kosmowski aus Buszkowo u. v. Molinski aus Polazejewo; Grundbesitzer v. Swinarski aus Schrimm, Bevollmächtigter v. Długołecki aus Czerniejewo und Gutsbesitzer Walz aus Buszewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Major v. Wedelstädt aus Schrimm, die Gutsbesitzer Graf Czarnecki aus Rakwitz und v. Milkowski aus Russocin; die Kaufleute Müller aus Meerane, Soormann und Mai aus Berlin.

BAZAR. Frau Gutsb. v. Karczewska aus Wyszakowo und Gutsb. Szołdrzynski aus Siernik.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Steiner aus Leipzig, Valentin aus Landsberg u. Seltzer aus Köln.

HOTEL DE BERLIN. Gutsb. v. Skalawski aus Słomczyce, die Kaufleute Fuchs und Guttmann aus Ostrowo; Rentier v. Prittwitz aus Thorn u. Wirthsch. Insp. Keyser aus Großdorf.

HOTEL DE PARIS. Posthalter Schulz aus Kostrzyn und Gutsbes. Kowalski aus Posada.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Hentschel aus Kempen u. Friedländer aus Rogasen.

HOTEL ZUR KRONE. Kaufmann Brummer, Fabrikant Jenicke und Seifensieder Bock aus Gnesen.

DREI LILIEN. Vorwerksbes. Molinski aus Laskowo.

PRIVAT-LOGIS. Rittergutsb. Benkendorff v. Hindenburg aus Neudeck, Lindenstr. 5; die Handelsleute Menke aus Silbach u. Rosner aus Pillkallen, St. Adalbert 40.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das höhern Orts genehmigte, hier neu zu errichtende Progymnasium tritt vom 1. April c. ins Leben.

Alle Anmeldungen zur Aufnahme der Kinder können beim Vorsitzenden des Kuratoriums dieser Anstalt, Herrn Kreis-Landrath Funck, angebracht werden.

An Schulgeld wird erhoben:

a. in der untersten Klasse 12 Thlr. jährlich,
b. „ „ zweiten „ 15 „ „
c. „ „ ersten „ 18 „ „

welches pränumerando an die städtische Schulkasse gezahlt werden muß.

Schrimm, den 14. Februar 1858.

Der Magistrat.

(Eingesandt.)

Wir fühlen uns hiermit veranlaßt, dem Tanz- und Turnlehrer Herrn C. A. Lau aus Bromberg bei seinem Abgange aus Lissa dessen Lehrmethode als eine der einfachsten und den Schülern zugänglichsten nachzurühmen, und können nicht umhin, denselben bei seinem durchaus gebildeten und liebenswürdigen Charakter als einen gewandten und tüchtigen Tanzlehrer zu empfehlen.

Lissa, den 20. Februar 1858. X. Y.

M. Lejeune's Frostballen-Seife. Das beste und bequemste Mittel zur Heilung erfrorner Glieder. In Stücken und mit Gebrauchsanweisung à 3 Sgr. echt zu haben bei
Ludwig Johann Meyer, Neuestraße.

Geräucherten Lachs, geräucherte Aale, große Maränen empfängt heute per Eilzug
Jacob Appel,
Wilhelmsstraße, Postseite Nr. 9.

In der **Kratochwill**schen Dampfmehlniederlage ist das feinste mit Nr. 0 bezeichnete Mehl, 2 Sgr. 2 Pf. pro Quart, zu haben
Breitestraße Nr. 8.

Makulatur, groß Format, ist eine größere Partie zu verkaufen und Probe bei den Herren **D. L. Lubenau Wwe. & Sohn** in Posen einzusehen, woselbst auch Aufträge angenommen werden.

Eine möblirte Stube vornheraus ist Bäckerstraße Nr. 18 zu vermiethen.

Kl. Ritterstraße Nr. 8 ist eine möblirte Stube mit Betten vom 1. März ab zu vermiethen.

Langestraße Nr. 7, nahe dem grünen Platze, ist eine möblirte Stube zu vermiethen.

Zu vermiethen in der Berlinerstraße Nr. 28 eine elegante Parterre-Wohnung.

Markt 80, 1. Et., ist eine möbl. Stube v. h. sofort zu verm.

Eine Getreideschüttung und Remise wird offerirt. Näheres gr. Gerberstraße Nr. 49, 1 Treppe.

Ein unverheiratheter Wirthschafs-Beamter, der deutsch und polnisch spricht, findet sofort ein Unterkommen. Nähere Auskunft ertheilt Frau **Danisz,** kl. Gerberstraße Nr. 6.

Offene Stellen für Landwirthe.
Ein Administrator, welcher Kaution stellen kann, wird mit 400 Thlr. Gehalt und hoher Tantième (nebst freier Station oder Deputat) verlangt. **Ein Inspektor,** der die Rechnungsführung versteht (mit 250 Thlr. Gehalt und freier Station) und **ein Gutsverwalter** (mit 120 Thlr. Jahrgehalt und Station) können ebenfalls Stellung erhalten. Auftrag: **Aug. Götsch** in Berlin, alte Jakobsstraße Nr. 17.

Ein Kunstgärtner sucht baldiges Placement. Näheres durch Gärtner **Rißmann** in Ludom bei Rogasen.

Nur diejenigen בחורים sind befugt, Spende für die חברת בחורי ישיבה entgegen zu nehmen, an deren Sammelbüchse meine Unterschrift sich befindet.
Victor Löwenfeld,
Vorst. d. חברת בחורי ישיבה

Ich warne hiermit Jeden, auf meinen Namen Etwas zu verabfolgen, indem ich für nichts aufkomme.
H. Aßmus.

Oeffentlicher Vortrag
des naturw. Vereins Mittwoch den 24. Februar um 5 Uhr Nachmittags **im chemischen Laboratorium der Realschule.**
Herr v. Zaborowski wird über: „den Einfluß des Mondes auf die Erde und die organischen Wesen" vortragen.

Verein junger Kaufleute.
Mittwoch den 24. d. Mts. Abends 8 Uhr Vortrag über **Psychologie.**

THALIA.
Donnerstag den 25. Februar **humoristischer Vortrag und Kränzchen.** Anfang 7 Uhr.
Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter Johanna mit dem Herrn Herrmann Caßriel beehren wir uns Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen.
Schrimm, im Februar 1858.
Baruch Schachno und Frau.

Johanna Schachno,
Herrmann Caßriel, } Verlobte.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobungen. Leipzig: Frl. M. Ahlfeld mit Pastor H. Naumann.
Geburten. Ein Sohn dem Stabsarzt Dr. Noland in Sangerhausen, Dr. med. Wolff in Tarnowitz, Oberamtmann Seliger in Ruschinowitz, Hüttenmstr. Mazura in Redenhütte. Kreisrichter Friedensburg in Liegnitz.

Vierte Sinfonie-Soirée
am Mittwoch den 24. Februar Abends 7 Uhr im Saale der Casinogesellschaft. „Die Heimkehr aus der Fremde." Ouverture von Mendelssohn. „Gott erhalte Franz den Kaiser" von Haydn. I. Sinfonie in C. von Beethoven. Billets à 15 Sgr. werden in der Mittlerschen Buchhandlung und in der Musikalienhandlung von Ed. Bote & G. Bock verkauft, in denen die Abonnementslisten bis zum Concerttage noch offen liegen.
R. Kambach. Gräbe.

Mittwoch den 24. d. Mts. **frische Flaki im Rathskeller.**

Donnerstag den 25. Februar 1858, Abends ½8 Uhr
im Saale des Bazar
CONCERT
von
Frau Jenny Goldschmidt geb. Lind,
unter Mitwirkung des
Herrn Otto Goldschmidt.
Numerirte Sitzplätze à 1 Thlr. 10 Sgr., Balkon à 1 Thlr. sind von heute ab in der königl. Hofmusikalienhandlung von Ed. Bote & G. Bock zu haben. Kassenpreis 2 Thlr.
Das Programm folgt in der nächsten Zeitung.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 23. Februar 1858.

Roggen (pr. Wispel à 25 Schffl.) höher bezahlt, pr. Februar 29⅔ Thlr. bez., pr. Frühjahr 30 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 32¼ Thlr. bez.

Spiritus (pro Tonne à 9600 % Tralles) schwach behauptet, gekündigt 20,000 Quart, loko (ohne Faß) 13—½ Thlr., (mit Faß) pr. Februar 13¾ Thlr. bez., pr. März 13¾ Thlr. Gd., pr. April-Mai 14½ Thlr. bez. u. Br., pr. Juni 15½ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 15¾ Thlr. Br.

Fonds.

			Br.	Gd.	bez
Preußische	3½ proz.	Staats-Schuldscheine	—	83½	—
"	4 "	Staats-Anleihe	—	—	—
"	4½ "	" "	—	99¾	—
"	3½ "	Prämien-Anl. 1855	113½	—	—
Posener	4 "	Pfandbriefe	—	98¾	—
"	3½ "	"	—	86	—
Schlesische	3½ "	"	—	—	—
Westpreuß.	3½ "	"	84	—	—
Polnische	4 "	"	—	86¾	—
Posener Rentenbriefe			92½	—	—
"	4 proz.	Stadtobligationen II. Em.	—	87	—
"	5 "	Prov.-Chausseeb.-Obligat.	99½	—	—
"		Provinzial-Bankaktien	90	—	—
Stargard-Posener Eisenbahn-Stamm-Aktien			97	—	—
Oberschlesische Eisenb.-St.-Aktien Lit. A.			—	—	—
"		Prioritäts-Obligat. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten			—	88	—
Ausländische Banknoten			99¼	—	—

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Februar. Wind: Nord-Ost. Barometer: 28 6. Thermometer: 6° —. Witterung: helle scharfe Luft.

Weizen loko 54 a 62 Rt. nach Qualität, untergeordnete Waare 48 a 58 Rt.

Roggen loko 36 a 36¾ Rt. gef. nach Qualität, Febr. 35½ Rt. bez. u. Gd., 35¾ Br., Febr.-März 34¾ a 35⅜ Rt. bez., 35½ Br., 35¼ Gd., p. Frühjahr 34¾ a 35¾ Rt. bez. u. Br., 35½ Gd., Mai-Juni 35¼ a 36 Rt. bez. u. Gd., 36¼ Br.

Gerste, große 32 a 37 Rt., mit Wicken besetzt 32 Rt. p. 25 Scheffel bez.

Hafer loko 27 a 33 Rt., 53 Pfd. 30½ Rt. p. 25 Scheffel bez., Frühjahr 27½ Rt. Br.

Rüböl loko 11⅞ Rt. bez., 12 Br., Febr. 11⅚ a 11⅞ Rt. bez. u. Gd., 12 Br., Febr.-März 11⅚ a 11 23/24 Rt. bez., 12 Br., 11⅚ Gd., März-April 12 Rt. Br., 11⅞ Gd., April-Mai 12 a 11 11/12 a 12 1/12 Rt. bez., Br. u. Gd.

Leinöl loko 13⅙ Rt. Br., Lieferung April-Mai 12⅓ Rt. bez.

Spiritus loko ohne Faß 16½ Rt. bez., mit Faß 16 Rt., Februar 16¾ Rt. bez. u. Br., 16½ Gd., Febr.-März 16¾ Rt. bez. u. Br., 16½ Gd., März-April 16 11/12 a 16⅚ Rt. bez. u. Gd., 17 Br., April-Mai 17½ a 17⅓ Rt. bez. u. Gd., 17½ Br., Mai-Juni 18 a 17⅞ Rt. bez., 18 Br., 18¾ Gd., Juni-Juli 18½ Rt. bez., Br. u. Gd.
(B. u. H. Z.)

Stettin, 22. Februar. Wir hatten in den letzten Tagen anhaltend Frostwetter.
Das Geschäft bleibt flau. Die englischen Märkte waren für Weizen etwas fester, an dem unsrigen haben sich die Preise aber noch nicht merklich gebessert.
Roggen bleibt weichend. Die Spekulationsfrage fehlt noch immer fast ganz.
Gerste blieb leblos, obgleich billiger käuflich.
Hafer in Folge des Mangels an Nachfrage niedriger verkauft.
In Rüböl anhaltend sehr stilles Geschäft.
Spiritus hat ferner im Werthe nachgegeben.
(Ostsee-Ztg.)

Breslau, 22. Februar. Die Kälte hält an, heute Morgen — 13° bei heiterem Wetter.
Wir notiren: weißen Weizen 60—62—64—65 Sgr., gelben 58—60—62—64 Sgr.
Roggen 39—40—41 Sgr.
Gerste 35½—37 Sgr., feinste 38—40½ Sgr.
Hafer, galizischer 28—30 Sgr., schles. 31—33 Sgr.
Erbsen 55—58—60—62 Sgr.
Oelsaaten. Wir notiren: Raps 96—98—100 Sgr.
Kleesamen. Wir notiren: weiß 15—16½—17⅔—18½—19 Rt., roth 12½—13—13⅓—14⅛ Rt.
Rüböl loko 12 1/12 Rt. bez., Febr. 12⅛ Rt. Br., Febr.-März 12⅛ Rt. Br., März-April 12 Rt. Br., April-Mai 12 Rt. Br.
Zink. Umsätze fanden nicht statt, da nichts Dringendes zum Verkauf angeboten wird.
Kartoffelspiritus pro Eimer a 60 Quart zu 80 % Tralles den 22. Februar: 6⅔ Rt. Gd.

Preise der Cerealien.
Breslau, den 22. Februar 1858.

	feine,	mittel,	ord. Waare
Weißer Weizen . . .	61—66	59	54—57 Sgr.
Gelber do.	62—64	58	53—56 "
Roggen	41—42	40	38—39 "
Gerste	36—38	35	33—34 "
Hafer	32—33	30	28—29 "
Erbsen	60—64	56	50—54 "

(Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsen-Bericht.
Hamburg, 22. Februar. Weizen loko höher gehalten. Roggen loko flau, ab Königsberg 125 Pfd. pro Mai à 58 zu kaufen, einzeln à 57 zu machen. Oel loko 23⅜, p. Mai 22⅝. Kaffee regelmäßiger Umsatz zu festen Preisen.

Thermometer- und Barometerstand,
so wie Windrichtung zu Posen
vom 15.—21. Februar 1857.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
15. Jan.	— 5,0°	— 0,8°	27 Z. 7,5 L.	W.
16. "	— 4,6°	— 0,0°	27 " 9,8 "	W.
17. "	— 5,0°	— 3,6°	28 " 3,0 "	NO.
18. "	— 19,0°	— 6,5°	28 " 5,6 "	NO.
19. "	— 20,0°	— 7,8°	28 " 3,0 "	NO.
20. "	— 16,8°	— 3,5°	28 " 3,8 "	NO.
21. "	— 16,5°	— 3,7°	28 " 5,9 "	NO.

Wasserstand der Warthe:
Posen . . . . . am 22. Febr. Vorm. 8 Uhr 2 Fuß 2 Zoll.
" 23. " " 8 " 2 " 2 "

Fonds- u. Aktien-Börse.
Berlin, 22. Februar 1858

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	83 bz
Aachen-Mastricht	4	50½-50 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	66 bz
Berg.-Märkische	4	83 bz
Berlin-Anhalt	4	123 bz
Berlin-Hamburg	4	108 G
Berl.-Potsd.-Magd.	4	136¾ bz
Berlin-Stettin	4	116½ G
Brsl.-Schw.-Freib.	4	113½ G
do. neueste	4	109½ B
Brieg-Neisse	4	72 B
Cöln-Crefeld	4	74½ bz
Cöln-Mindener	3½	147½ G
Cos.Oderb.(Wilh.)	4	54½-54 bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Elisabethbahn	5	— —
Löbau-Zittau	4	— —
Ludwigsh.-Bexb.	4	144½ bz
Magd.-Halberstadt	4	190 bz
Magdeb.-Wittenb.	4	38¼ B
Mainz-Ludwigsh.	4	92 B
Mecklenburger	4	51¾-52 bz uB
Niederschl.-Märk.	4	91½-91 bz
Niederschl. Zweigb	4	81 G
do. Stamm-Pr.	5	93 B
Nordb. (Fr. Wilh.)	4	56½ et-¼ bz
Oberschl. Litt. A. und Litt. C.	3½	138-37½ bz
do. Litt. B.	3½	127¾ G
Oestr.-Fr. Staatsb.	5	196½-97½-6¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	70½ B
Prz. Wilh. (St.-V.)	4	60½ B
Rheinische, alte	4	95½ B
do. neue	4	90 B
do. neueste	5	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	79 B
Ruhrort-Crefeld	3½	87¾ B
Stargard-Posen	3½	95½ bz
Theissbahn	5	— —
Thüringer (30%)	4	122¾ B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	86½ G
- 2. Em.	4	86¼ G
- 3. Em.	4½	93 G
Aachen-Mastricht	4½	— —
Berg.-Märkische	5	102 bz
do. 2. Ser.	5	102 bz
do. 3. S. (D.-Soest)	4	85G II. 92½ G
Berlin-Anhalt	4	91 G
do.	4½	96¾ bz
Berlin-Hamburg	4½	102¾ G
do. 2. Em.	4½	— —
Berl.-P.-M. A. B.	4	89¼ G
do. Litt. C.	4½	98¾ B
do. Litt. D.	4½	98 bz
Berlin-Stettin	4½	98¾G II.4%86¼b
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	102 B
do. 2. Em.	5	102¾ bz
do.	4	87⅝ B
Cöln-Minden 3. E.	4	— —
do. 4. Em.	4	86½ bz
Cos.Oderb.(Wilh.)	4	84½ G
do. 3. Em.	4½	— —
Düsseld.-Elberfeld	4	— —
do. 2. Em.	5	— —
Magdeb.-Wittenb.	4½	91¾ G
Niederschl.-Märk.	4	91½ G
do. conv.	4	91½ G
do. conv. 3. Sr.	4	90¾ bz
do. 4. Sr.	5	102¼ G
Nordb. (Fr. Wilh.)	5	98¼ G
Oberschl. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80 G
do. Litt. D.	4	89 B
do. Litt. E.	3½	77 bz F. —
Oestr.-Französ.	3	272 B
Pr. Wilhb. 1. Ser.	5	99¾ bz
do. 3. Ser.	5	99½ B
Rhein. Priorität	4	86 bz
do. v. Staat g.	3½	80 bz
Ruhrort-Crefeld	4½	97 G
do. 2. Ser.	4	86 G
do. 3. Ser.	4½	94½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. 2. Em.	4½	98 B
Thüringer	4½	100 B
do. 3. Ser.	4½	100 B
do. 4. Ser.	—	96 B

Preuss. Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100½ bz
Staats-Anl. v. 1850	4½	100¾ bz
do. 1852	4½	100¾ bz
do. 1853	4	94½ bz
Staats-Anl. v. 1854	4½	100¾ bz
do. 1855	4½	100¾ bz
do. 1856	4½	100¾ bz
do. 1857	4½	100¾ bz
55r Präm.-St.-Anl.	3½	113 bz
Staats-Schuldsch.	3½	84½ bz
Kur- u N. Schuldv.	3½	81¾ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	100½ G
do.	3½	83 G
Pfandbriefe: Kur- u. Neum.	3½	85½ B
Ostpreuss.	3½	83¾ G
Pommersche	3½	85½ B
Posensche	4	98¾ G
do.	3½	85½ G
Schlesische	3½	86 G
v. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreuss.	3½	83¾ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	93¼ B
Pommersche	4	92 B
Posensche	4	92¼ bz
Preussische	4	92¼ B
Rhein. u. westph	4	93¾ G
Sächsische	4	92¾ bz
Schlesische	4	93⅛ G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	80 B
do. National-Anl.	5	82½-82 bz
do. 250fl. Präm.-O.	4	105½ B
do. Banknoten	—	— —
Russisch: 5. Stieglitz-Anl.	5	102¼ bz
6. do.	5	105½ G
Engl. Anleihe	5	107½ B
Poln. Schatz-O.	4	82¾ bz u B
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	93 bz
do. B. 200 Fl.	—	21¼ G
Pfdbr. in Silb. R.	4	87½ bz
Part.-Ob. 500fl.	4	86 B
Poln. Bankbill.	—	88¼ G
Hamb. Pr. 100 BM.	—	73 B
Kurh. 40 Tlr. Loose	—	41 B
neue Baden. 35fl. do.	—	30¼ B ⅛ bz

Bank- und Credit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	119 G
do. Handelsgesell.	4	87 bz
Braunschw. BankA.	4	109¼ G
Bremer Bankaktien	4	105½ etw bz
Coburg. Credit-do.	4	71½-71 bz
Danziger Priv. do.	4	89 B
Darmstädter abgst.	4	100½-1 bz u B
do. Ber.-Sch.	—	111½ B
do. Zettel- do.	4	91¾bz [4¾b uG
Dessau. Credit-do.	4	QB63⅞b, v.53¾
Disk.-Comm.-Ant.	4	106½-¼ bz
do. Cons.-Sch.	—	106 bz
Genfer Creditb.-A.	4	57¾-½ bz
Geraer Bank-A.	4	86 bz
Gothaer Priv.-do.	4	86½ B
Hannoversche do.	—	100½ bz u G
Leipzig. Credit-do.	4	78¼-79 bz
Luxemburger do.	4	85¾ B
Meining. Cred.-do.	4	85¾ bz [— B
Moldauer Land.-do.	4	10% — bz 20%
Norddeutsche do.	4	80-79 bz
Oestr. Credit- do.	5	124½-23¾bz uB
Pomm. Ritter.-do.	4	123¾ etw G
Posener Prov. do.	4	90 B
Pr. Bankanth.-Sch.	4	136½ bz u B
Pr. Handelsgesell.	4	80½ B
Rostocker Bank-A.	4	— —
Schles. Bankverein	4	86 B
Thüringer Bank-A.	4	80 B
Vereinsbank, Hamb	4	95 etw bz
Waaren-Cred.-Ant.	5	96⅜ bz
Weimar. Bank-A.	5	102½-2 bz

Gold und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Louisd'or	—	109⅜ B
Gold al m. in Imp.	—	213¼ bz
K. Sächs. Kass.-A.	—	99⅚ G
Fremde Banknoten	—	98¾ bz u G
Fremde kleine	—	— —

Wechsel-Course vom 20. Februar.

Amsterd. 250fl. kurz	—	142⅞ G
do. do. 2 M.	—	142⅛ G
Hamb. 300 M. kurz	—	151⅝ bz
do. do. 2 M.	—	151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	—	6. 19½ B
Paris 300 Fr. 2 M.	—	79⅔ bz
Wien 20 fl. 2 M.	—	96 bz
Augsb. 150 fl. 2 M.	—	102⅛ G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	—	99¾ bz
do. do. 2 M.	—	99⅙ bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	—	56. 28 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	—	98¼ G

Industrie-Aktien.

Contin.-Gas-Akt.	—	101-100½ bz
Minerva	—	79 B
Magdeb. Feuervers.	—	225 G
Concordia, Leb.-V.	—	108½ G

Die Börse machte heute wenig Geschäfte. Für die Spekulation lagen nur schwache Anregungen vor, die sich auf Oestreichische Creditaktien concentrirten. Eisenbahnaktien matt und geschäftslos. Preuss. Fonds nur in beschränktem Verkehr. Von Ausländ. Fonds war Oestr. National-Anleihe belebt.

Breslau, 22. Februar. Die Vorgänge in England veranlassten vielfache Offerten zu niedrigeren Coursen, die aber bald gesteigert wurden, als sich gute Käufer zeigten.

Schluss-Course. Diskonto-Commandit-Antheile 106¼ Gd. Darmstädter Bank-Aktien 100¼ Gd. Oestr. Credit-Bank-Aktien 125½ bez. Posener Bank-Aktien —. Schles. Bankverein 85 bez. u. Gd. Ausländ. Kassenscheine 99¼ Gd. Oestreich. Banknoten 96½ u. ⅜ bez. Poln. Papiergeld 88⅛ u. 88¼ bez. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 112¾ Gd dito 3. Emiss. 108 Gd. dito Prioritäts-Oblig. 88 11/12 Br. Neisse-Brieger 71¼ Br. Oberschles. Litt. A. und C. 137 5/12 Gd. dito Litt. B. 128½ Brief. dito Prior.-Oblig. 89 1/12 Br. dito Priorität 98¼ Br. dito. Prior. 77¾ Br. Oppeln-Tarnowitz 70¼ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) —. dito Prior.-Oblig. —. dito Prior. —. dito Stamm-Obligationen —.

Telegraphische Correspondenz für Fonds-Course.

Hamburg, Montag, 22. Februar, Nachmitt. 3 Uhr. Gedrückte Stimmung.
Schluss-Course. National-Anleihe 81½. Preussische 4½proc. Staats-Anleihe —. Preussische Loose —. Oestr. Credit-Aktien 130. Oestr.-Franz. Staatsbahn 725. 3procentige Spanier 35¾. 1procentige Spanier 24⅛. Stieglitz de 1855 99⅝. Vereinsbank 95. Norddeutsche Bank 80¾.

Frankfurt a. M., Montag, 22. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. In Folge ungünstiger Berichte auswärtiger Börsen niedriger bei belangreichen Umsätzen.
Schluss-Course. Neueste Preuss. Anl. 113. Preuss. Kassenscheine 104¾. Friedr.-Wilh.-Nordbahn —. Ludwigshafen-Bexbach 145¼. Berliner Wechsel 105 Br. Hamburger Wechsel 88¼. Londoner Wechsel 116⅜. Pariser Wechsel 93¼. Wiener Wechsel 112⅛. Darmstädter Bank-Aktien 250½. Darmstädter Zettelbank 227. Meininger Credit-Aktien 85. Luxemburger Credit-Bank 425. 3procentige Spanier 37⅝. 1procentige Spanier 25⅜. Spanische Credit-Bank von Pereire 450. Spanische Credit-Bank von Rothschild 450. Kurhessische Loose 40¾. Badische Loose 52⅜. 5proc. Metalliques 76. 4½proc. Metall. 67⅝. 1854er Loose 101¼. Oestreich. National-Anlehen 79¾. Oestr.-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 344. Oestr. Bankantheile 1104. Oestreich. Credit-Aktien 232. Oestr. Elisabethbahn 202¾. Rhein-Nahe-Bahn 80.

Paris, Montag, 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die 3procentige eröffnete, nachdem Consols von Mittags 12 Uhr ⅛ Procent niedriger (96⅛) als die Schlusscourse von Sonnabend gemeldet worden waren, zu 69, 20, stieg nach Eintreffen der Consolsnotirung von Mittags 1 Uhr (96⅜) auf 69, 50, und schloss sehr fest und belebt zur Notiz.
Schluss-Course. 3procentige Rente 69,45. 4½procent. Rente 95,50. Credit-mobilier-Aktien 865. 3proc. Spanier —. 1procent. Spanier —. Silberanleihe —. Oestreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 745. Lombardische Eisenbahn-Aktien 627. Franz-Josephs-Bahn 480.

Verantw. Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.